

Holzarbeiter

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsspaltige Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 12

Berlin, den 21. März 1931

39. Jahrgang

Zeitung

Scharfmachers Wunschträume

Bei dem Ringen um den Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe und die Lohnabkommen hat sich der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes nicht gerade mit Ruhm bedeckt. Der Erfolg seiner glorreichen Taktik war, dass sich die Zentrale des Arbeitgeberverbandes von jeder Mitwirkung bei der vertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausschaltete.

Nicht nur was der Arbeitgeberverband durch seine Zentralstelle als ganz undiskutierbar ablehnte, sondern noch mehr haben seine Glieder, die Bezirksverbände, glatt angenommen; es ist Vertragsrecht geworden in dem räumlichen Bereich, in dem früher der mit dem Arbeitgeberverband zentral abgeschlossene Vertrag galt. Das Gebiet des Arbeitgeberverbandes litt schon seit Jahren an fortschreitender Schrumpfung. Inwieweit der Ausgang der zentralen Verhandlungen diesen Schrumpfungprozess beschleunigt hat, soll hier unerörtert bleiben.

Bisher hat der Arbeitgeberverband in seinem Verbandsorgan möglichst wenig über den für ihn so blamablen Verlauf und den Ausgang der Verhandlungen gesagt. Nun tritt er aus dieser Zurückhaltung heraus. In Nummer 10 der „Holzindustrie“ wird ein längerer Aufsatz über die „Beendigung der zentralen Verhandlungen“ veröffentlicht, in welchem sich der Arbeitgeberverband in der Heldenpose gibt. Für den Kenner erinnert diese Pose stark an den feisten Ritter Falstaff, der zwar das Gegenteil eines Helden war, aber nicht müde wurde, seinen Ruhm zu verkünden: „So lag ich und so führt ich meine Klinge.“

Mit der Wahrheit kann es eine solche Prahlerei nicht immer genau nehmen. So wird erzählt, dass nach Beendigung der zentralen Verhandlungen „die Holzarbeiter-Gewerkschaften sofort bezirkliche Verhandlungen angeregt“ haben. Für den Arbeitgeberverband mag es peinlich sein, aber es ist trotzdem wahr, dass die Anregung zu den bezirklichen Verhandlungen durchweg von den Unternehmern ausging, die damit unseren Wünschen zuvorkamen. Auch wo beide Parteien sich gemeinsam an die Schlichtungsbehörden wandten, geschah es auf Anregung der Unternehmer.

Auch die Annahme, dass die bezirklich getroffenen Abmachungen nur vorbehaltlich einer zentralen Regelung getroffen seien, ist frommer Selbstbetrug. Diesen Vorbehalt findet man nur in ganz wenigen Vereinbarungen. Die Bemerkung: „Eine andere Stellungnahme wäre an sich unter keinen Umständen vertretbar“, und der später

folgende Satz: „Die von den Arbeitnehmervertretern zugestandene Lohnsenkung entspricht in keiner Weise den wirtschaftlichen Notwendigkeiten“, geben Kunde von der tiefgehenden Meinungsverschiedenheit zwischen der Zentrale des Arbeitgeberverbandes und den Bezirksverbänden, welche letztere, wie die vollzogenen Abschlüsse zeigen, darin anderer Ansicht sind.

Der Verfasser des Artikels klammert sich an den Gedanken, dass die bezirkliche Verlängerung des Mantelvertrages nur ein Provisorium sei, und fährt dann fort: „Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie hat mit aller Deutlichkeit dargetan, dass ein zentraler Vertrag anders aussehen muss. Eine Hereinnahme des Lehrlingsanhangs in den neuen zentralen Vertrag war auf keinen Fall zuzulassen, auch die Änderung der Berufsgruppenstaffelung und Einführung von Gruppenabschlüssen musste durchgeführt werden, ehe ein zentraler Abschluss hätte vollzogen werden können. Es hat sich hierbei leider herausgestellt, dass eine Reihe von Innungsverbänden nicht die nötige Energie entwickelt hatte, um den Arbeitgeberverband bei den Verhandlungen zum Abschluss des Mantelvertrages wirkungsvoll zu unterstützen.“

Da haben wir den verhinderten Helden Falstaff wie er leibt und lebt. Grosses hat der Arbeitgeberverband gewollt, aber leider war er verhindert, zu siegen. Nicht etwa durch die eigene Unzulänglichkeit, sondern durch den Verrat der Innungsverbände, die ihn nicht so unterstützt haben, wie er erwartet hat. Wie das Zusammenspiel gedacht war, wurde bisher nicht verraten. Man wird aber davon wohl noch etwas hören.

Noch wichtiger als die Verschlechterung des Mantelvertrages erscheint dem Arbeitgeberverband die Herabsetzung der Löhne. Mit aller Deutlichkeit spricht er aus: „Wie wir schon wiederholt ausgeführt haben, wird es sich nicht umgehen lassen, das Lohnniveau der Vorkriegszeit zur Richtschnur zu nehmen.“ Dem Nachweis dieser Notwendigkeit ist der grösste Teil des Artikels gewidmet, ohne dass aber neue Argumente zutage gefördert würden.

Dann wird vorgerechnet, was unser Verband für Riesensummen an Arbeitslosenunterstützung aufwendet, und gesagt, dass es im Interesse der Finanzen des Verbandes klüger gewesen wäre, schon im August vorigen Jahres einem tüchtigen Lohnabbau zuzustimmen.

Denn — die Arbeitslosigkeit ist doch nur eine Folge der zu hohen Löhne. Das glaubt zwar der Arbeitgeberverband selbst nicht, aber er will, dass die Arbeiter es glauben sollen.

Der Arbeitgeberverband glaubt sicher, mit dem skizzierten Artikel seinem Prestige zu nützen, das unter dem für ihn so blamablen Ausgang der Tarifbewegung schwer gelitten hat. Ob er dazu den richtigen Ton angeschlagen hat, mag seine Sorge sein. Für unsere Kollegen aber ist es wichtig, die Gesinnung kennenzulernen, die aus jener Veröffentlichung des Arbeitgeberverbandes spricht.

Wenn man die wirklichen Tatsachen mit der hier beliebten Art ihrer Darstellung vergleicht, dann erkennt man die Bedeutung des Erfolges, den unser Verband in der Abwehr errungen hat. Wir betrachten aber die Dinge unter einem anderen Gesichtspunkt. Der Verband, das ist die Masse der Mitglieder, die so lange und so schwer unter der Geißel der Arbeitslosigkeit leidet, war

gezwungen, auch noch eine Senkung der Löhne hinzunehmen. Diese Tatsache verbietet den lauten Siegesjubel.

Sehen wir aber aus dem Geständnis des Gegners, welche weitgehenden Pläne er verfolgt hat und noch verfolgt zur Unterdrückung und Niederhaltung der Arbeiterschaft, dann dürfen wir doch mit einem Gefühle der Befriedigung auf den hinter uns liegenden Kampf zurückblicken. Unser Verband hat sich bewährt. Die Zurückweisung der weitgehenden Pläne des Unternehmertums, die Beschränkung des Lohnabzuges auf ein Mass, das der Gegner selbst als absolut unzulänglich bezeichnet, ist ein Erfolg der Opferwilligkeit und der Solidarität der Mitglieder.

Der Arbeitgeberverband will noch nicht an den Abschluss der Bewegung glauben. Er trägt sich allen Ernstes mit der Absicht, erneut vorzustoßen, um die Löhne noch weit tiefer herabzudrücken und auch die sonstigen Ar-

Für Arbeitszeitverkürzung, gegen Lohnabbau

Auf der Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 10. März wurden die beiden folgenden Entschliessungen einstimmig angenommen:

Zur Arbeitszeitfrage.

„Der Bundesausschuss erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamem Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit grösserem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.“

Der Bundesausschuss erinnert daran, dass er bereits im Oktober 1930 die gesetzliche Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmasse der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, dass sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.

Indem der Bundesausschuss wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, dass die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitsgelegenheit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuss schärfsten Protest dagegen, dass bis in die jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedssprüche gefällt und zwangsweise durchgeführt wurden, die

sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Um so eindringlicher muss die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmässige Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt.“

Zur Lohnfrage.

„Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwangs die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden. Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftvernichtung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.“

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung fliessen unmittelbar und restlos in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenz weiter Kreise der Handel- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesausschuss erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem rücksichtslosen Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

beitsbedingungen zu verschlechtern. Kollegen, seid auf der Wacht! Der Gegner setzt seine Hoffnung auf die Wankelmütigen in unseren Reihen, er rechnet mit Überläufern, die dem Feind gegen die eigenen Klassengenossen Dienste leisten. Diese Hoffnung muss zuschanden werden. In der Zeit der schwersten Not muss die Treue zum Verband die schönsten Triumphe feiern.

Nicht nur müssen alle Kollegen bei der Fahne gehalten werden, jetzt erst recht muss ein Werbefeldzug unternommen werden, um die Aussenstehenden der Organisation zuzuführen. Mögen die Unternehmer weitgehende Pläne gegen die Arbeiterschaft schmieden, unser Verband muss so stark sein, dass die Pläne der Gegner das bleiben, was sie jetzt sind: Unerfüllbare Wunschträume.

Wer hat Aufwertungsansprüche in Polen?

Nach einer Mitteilung der deutsch-polnischen Handelskammer ist das Aufwertungsabkommen zwischen Deutschland und Polen nunmehr von den Parlamenten beider Staaten angenommen worden. Dieses Abkommen sieht vor, dass deutsche Staatsangehörige, die Aufwertungsansprüche auf Hypotheken, Pfandbriefe usw. in Polen zu stellen haben, bei der Anwendung der Aufwertungsvorschriften polnischen Staatsbürgern gleichgestellt werden. Eine Einschränkung in diesem Punkte sieht nur die Bestimmung vor, dass deutsche Staatsangehörige ihre entsprechenden Ansprüche nicht vor dem 1. Januar nächsten Jahres geltend machen können. Da das deutsche Gesetz zur Bereinigung der Grundbücher eine Anmeldefrist bis zum 31. März 1931 und bei Nichtanmeldung eines Antrages ein Erlöschen der Hypothek vorsieht, ist die Möglichkeit gegeben, dass auch die polnischen Aufwertungsbestimmungen diese sogenannte Präklusivfrist in Anspruch nehmen. Die deutschen Staatsangehörigen, die Aufwertungsansprüche in Polen zu stellen haben, tun daher gut, ihre Forderungen bis spätestens Ende März 1931 anzumelden. Wegen der Formalitäten der Anmeldung wende man sich an das polnische Generalkonsulat in Berlin W 35, Kurfürstenstrasse 137.

Arbeitsgelegenheit für Deutsche in Russland

Im Laufe des Jahres 1930 sind rund 1500 deutsche Arbeiter und fast ebensoviel Ingenieure, Techniker und sonstige Spezialisten nach Russland ausgewandert. Von den Arbeitern sind etwa 300 wieder zurückgekehrt, weil sie längst nicht die Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten vorgefunden haben, auf die sie gerechnet hatten. Der grösste Teil der deutschen Auswanderer hat sich im Leningrader Gebiet, im Donezrevier, in Moskau und im Uralgebiet niedergelassen. Auch zurzeit kehren immer wieder welche zurück, und die Zahl derjenigen deutschen Arbeiter, die mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen in Russland voll und ganz zufrieden sind, ist sehr gering. Vor allem sind es die höchst mangelhaften Wohnungsverhältnisse und die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Lebensmittel, die besonders die deutschen Frauen abstoßen. Verhältnismässig besser lauten die Nachrichten über die Lebensverhältnisse der deutschen Ingenieure, Techniker und Werkmeister, von denen einzelne hochqualifizierte sogar riesige Gehälter beziehen und für die im allgemeinen gut gesorgt ist.

Die lebhafteste Anwerbung, die im Laufe des Jahres 1930 russischerseits betrieben wurde, hatte die zuständigen deutschen Stellen veranlasst, den Russen den Abschluss eines Abkommens, in dem die Bedingungen für die Einstellung deutscher Arbeiter in russische Betriebe festgelegt werden sollten, vorzuschlagen. Nach langwierigen Verhandlungen kam am 1. März 1930 ein Vertragsentwurf zustande gekommen, der aber von der Sowjetregierung nicht ratifiziert worden ist. Nach den unerfreulichen Erfahrungen, die im Spätherbst vorigen Jahres mit zahlreichen

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Februar 1931

Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Februarhälfte um 19 000 zurückgegangen. Bei fast 5 Millionen Arbeitslosen hat das aber wenig zu sagen. Dieser Beginn einer jahreszeitlichen Besserung dürfte auch durch den Kälterückfall im März wieder

769 Betriebe mit 67 115 Beschäftigten. Im Laufe des Monats wurden 6071 Arbeiter entlassen und 5601 eingestellt. Die Zahl der Entlassenen überwiegt also noch, aber nicht mehr in dem Masse wie im Vormonat. Stillgelegt wurden 26 Betriebe mit 1893 Arbeitern, darunter sind 10 Betriebe

treffenden Berufszweig geschlossen werden. So sind die Mehreinstellungen verschiedentlich durch Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe verursacht, ohne dass deshalb der Geschäftsgang in dem betreffenden Betrieb oder gar in dem ganzen Berufszweig als gut bezeichnet werden

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Februar 1931.

Gau	Berichtet haben			Arbeitslose		Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos	Verkürzt arbeiteten insgesamt			Von je 100 Mitgliedern arbeitslos verkürzt	Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt um				Nicht berichtet haben	
	Verw.-stellen	mit Mitgliedern	darunter weibl.	am 28. 2. 31	darunter weibl.		e-triebe	Be-schäftigte	darunter weibl.		1-8 Std. Be-schäftigte	9-16 Std. Be-schäftigte	17-24 Std. Be-schäftigte	25 Std. und mehr Beschäft.	Verw.-stellen	mit Mitgliedern
Ostpreussen ...	52	6 500	450	3 069	166	47,22	25	686	112	10,55	211	444	31	—	2	77
Steitin	91	11 445	123	5 056	25	44,18	15	694	7	6,06	115	385	194	—	1	30
Breslau	85	17 852	1 090	9 517	452	53,31	84	2 039	313	11,42	326	986	672	55	2	117
Berlin	1	27 154	931	15 120	157	55,68	96	2 403	42	8,85	370	1 083	950	—	—	—
Brandenburg ...	131	16 038	834	8 702	291	54,26	55	1 500	223	9,35	369	609	497	25	3	68
Dresden	54	27 945	1 629	16 267	429	58,21	98	3 486	256	12,47	1 020	1 285	829	352	2	217
Leipzig	69	32 207	4 170	16 777	1 604	52,09	257	6 327	1 251	19,64	1 128	2 117	2 785	297	2	231
Erfurt	83	11 103	434	5 554	233	50,02	67	1 199	80	10,80	408	316	309	166	5	280
Magdeburg	53	14 144	387	6 750	87	47,72	38	669	13	4,73	337	99	219	14	1	105
Hamburg	66	26 478	933	11 797	178	44,55	67	2 635	291	9,95	1 011	825	674	125	1	96
Hannover	68	25 581	990	11 950	155	46,71	60	2 784	183	10,88	1 331	581	685	187	—	—
Düsseldorf	66	16 043	395	8 235	47	51,33	109	1 715	39	10,69	382	496	619	188	—	—
Frankfurt	73	18 503	703	8 962	178	48,44	109	2 458	166	13,28	879	886	631	62	1	85
Nürnberg	89	16 742	3 405	7 827	1 022	46,75	111	4 619	1 677	27,59	1 432	1 970	1 174	43	4	925
München	58	8 530	578	4 621	186	54,17	55	1 031	47	12,09	386	401	208	36	—	—
Stuttgart	100	18 435	845	8 283	197	44,93	239	6 406	441	34,75	1 542	1 428	2 886	550	2	271
Hauptkasse	—	61	—	20	—	32,79	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen ..	1139	294 761	17 897	148 507	5407	50,38	1485	40 651	5141	13,79	11 247	13 911	13 393	2 100	26	2 502
Im Vormonat	1148	296 616	18 260	147 210	5534	49,63	1427	43 674	5343	14,72	11 539	15 889	14 351	1 895	17	1 285

gehemmt sein. Als Zeichen für den beginnenden Konjunktumschwung ist der geringfügige Rückgang der Arbeitslosigkeit jedenfalls nicht zu werten. In der Holzindustrie sieht es nach wie vor trübe aus. Die Zahl der Arbeitslosen hat im Februar noch eine Steigerung erfahren. Die Erhebung über die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband ergab bei 294 761 erfassten Mitgliedern Ende Februar 148 507 oder 50,38 Prozent Arbeitslose. Ende Januar waren es 49,63 Prozent. Die Zahl der Kurzarbeiter ist um ein geringes, von 14,72 auf 13,79 Prozent zurückgegangen.

Die Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Grossbetrieben der Holzindustrie erstreckte sich auf

mit 893 Arbeitern, in denen die Stilllegung auf den Lohnkampf zurückzuführen ist. Kurzarbeit wird aus 382 Betrieben mit 34 937 Arbeitern gemeldet, das sind 52,1 Prozent der von dieser Erhebung Erfassten. Im Januar waren es 54,2 Prozent. Im Verhältnis zu der Zahl der Eingestellten waren die Entlassungen sehr zahlreich in der Klavier- und in der Holzwarenindustrie, auch die Sägewerke und namentlich die Sperrholzindustrie, auch die Nähmaschinenmöbel haben einen starken Überschuss an Entlassenen; dagegen zeigen u. a. Innenausbau und Kisten und Packfässer beträchtlich mehr Eingestellte als Entlassene. Aus dem Verhältnis zwischen Eingestellten und Entlassenen kann übrigens nicht ohne weiteres auf den Geschäftsgang in dem be-

könnnte. Von gutem Geschäftsgang kann in keinem Berufszweig gesprochen werden. Dagegen berichten alle beteiligten Betriebe der Berufszweige Uhrgehäuse, Stuhlrohr und Nähmaschinenmöbel, wie auch bereits im Januar, dass der Geschäftsgang schlecht sei. In den meisten anderen Berufszweigen ist die Lage nur wenig besser. Insgesamt entfallen von je 100 Arbeitern 7,5 auf gut, 24,0 auf befriedigend, 68,5 auf schlecht beschäftigte Betriebe. Gegenüber dem Vormonat bedeutet das eine sehr bescheidene Besserung. Bezeichnet man gut mit 2, befriedigend mit 3 und schlecht mit 4, dann ergibt sich als Gesamtdurchschnitt 3,610 gegen 3,674 im Januar. Hoffentlich bringt nun die fortschreitende Jahreszeit eine Besserung der Lage.

Der Beschäftigungsgrad in den Grossbetrieben der Holzindustrie im Monat Februar 1931.

Berufszweig	Berichtende Betriebe	Anzahl				Geschäftsgang						Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit ... Geschäftsgang								
		der Beschäftigten	der Eingestellten	der Entlassenen	der leeren Plätze	gut		befriedigend		schlecht		Februar 1931			Januar 1931			Februar 1930		
		Betr.	Arb.	Betr.	Arb.	Betr.	Arb.	Betr.	Arb.	Betr.	Arb.	gut	befr.	schl.	gut	befr.	schl.	gut	befr.	schl.
Möbel	1) 159	13134	1844	1481	11318	10	928	36	4197	108	8009	7,1	31,9	61,0	14,1	17,6	68,3	30,9	33,8	35,3
Innenausbau	25	1459	712	63	1943	1	53	6	447	18	959	3,6	30,7	65,7	—	41,2	58,8	17,3	25,1	57,6
Weisse Möbel	2) 41	2269	430	429	2815	—	—	6	445	33	1824	—	19,6	80,4	—	17,2	82,8	20,7	24,4	54,9
Büromöbel	12	1289	51	29	896	—	—	3	637	9	652	—	49,4	50,6	—	49,6	50,4	7,8	22,4	69,8
Türen, Fenster usw. ...	3) 39	2152	219	294	2577	—	—	9	708	27	1444	—	32,9	67,1	—	27,5	72,5	24,8	32,4	42,8
Stühle	4) 31	2398	290	367	2213	1	157	3	205	26	2036	6,5	8,6	84,9	3,4	5,4	91,2	9,3	17,7	73,0
Rahmenleist., Vergold.	12	1226	12	20	740	2	201	1	89	9	936	16,4	7,3	76,3	10,4	22,4	67,2	15,3	52,2	32,5
Uhrgehäuse	9	1376	26	28	1722	—	—	—	—	9	1376	—	—	100,0	—	—	100,0	—	—	100,0
Holzwaren	5) 52	3574	157	448	3004	2	194	7	608	42	2772	5,4	17,0	77,6	3,0	16,9	80,1	10,5	44,0	45,5
Klaviere, Orgeln	6) 41	2752	25	566	5967	—	—	3	309	36	2443	—	11,2	88,8	—	7,5	92,5	3,7	16,4	79,9
Harmoniken	14	1393	21	65	778	—	—	2	167	12	1226	—	12,0	88,0	—	11,5	88,5	5,5	79,4	15,1
Sägewerke	7) 79	5009	326	530	5349	7	662	14	1078	51	3269	13,2	21,5	65,3	14,2	18,5	67,3	21,9	32,4	45,7
Kisten, Packfässer ...	8) 39	3115	485	98	3081	6	919	12	935	20	1261	29,5	30,0	40,5	10,8	32,0	57,2	10,0	49,1	40,9
Sperholz	9) 20	3265	47	417	1767	—	—	5	1041	13	2224	—	31,9	68,1	—	10,8	89,2	47,6	47,5	4,9
Schubleisten	10) 6	608	22	61	375	—	—	1	57	4	551	—	9,4	90,6	—	8,8	91,2	—	51,0	49,0
Bürsten, Pinsel	39	4503	166	119	2006	3	340	12	1545	24	2618	7,6	34,3	58,1	7,0	27,1	65,9	6,1	43,4	50,5
Kämme, Haarschmuck	14	1099	77	52	771	1	154	3	341	10	604	14,0	31,0	55,0	14,2	22,1	63,7	13,6	29,1	57,3
Knöpfe	16	1525	49	48	1505	—	—	4	536	12	989	—	35,1	64,9	9,6	—	90,4	—	39,2	60,8
Pfeifen	5	467	—	1	283	—	—	1	78	4	389	—	16,7	83,3	—	16,7	83,3	63,5	17,1	19,4
Bleistifte	9	2163	26	3	374	1	71	2	410	6	1682	3,3	18,9	77,8	—	21,7	78,3	18,7	38,3	43,0
Stuhlrohr	4	448	2	2	552	—	—	—	—	4	448	—	—	100,0	—	—	100,0	—	50,6	49,4
Korken	7	690	3	29	668	—	—	2	292	5	398	—	42,3	57,7	14,9	55,9	29,2	12,2	40,6	47,2
Korbwaren	6	538	56	7	456	1	101	—	5	437	18,8	—	81,2	—	10,4	89,6	—	14,5	85,5	—
Sport- u. Kinderwagen	12	1273	20	111	835	1	202	1	168	10	903	15,9	13,2	70,9	13,3	30,8	55,9	—	86,0	14,0
Waggons	26	3953	246	200	3582	1	434	6	962	19	2557	11,0	24,3	64,7	7,5	36,4	56,1	17,4	50,1	32,5
Karosserien	17	1311	144	85	1521	1	264	4	463	12	584	20,1	35,3	44,6	—	32,4	67,6	41,1	29,1	29,8
Werfen	17	2087	110	149	1815	1	325	5	380	11	1382	15,6	18,2	66,2	3,5	27,9	68,6	20,7	53,0	26,3
Nähmaschinenmöbel ..	11) 18	2039	35	369	2662	—	—	—	—	17	2039	—	—	100,0	—	—	100,0	—	19,4	80,6
Zusammen ..	769	67115	5601	6071	61575	39	5005	148	16098	556	46012	7,5	24,0	68,5	6,5	19,6	73,9	18,1	36,2	45,7
Im Vormonat	770	67286	6998	11158	62445	33	4399	125	13189	542	49698	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Stillgelegte Betriebe mit Arbeitern: 1) 5 mit 322, 2) 2 mit 326, 3) 3 mit 110, 4) 1 mit 200, 5) 1 mit 50, 6) 2 mit 58, 7) 7 mit 360, 8) 1 mit 13, 9) 2 mit 170, 10) 1 mit 48, 11) 1 mit 236, zusammen 26 Betriebe mit 1893 Arbeitern.

deutschen Bergarbeitern gemacht worden sind, schien es, als ob die Sowjetregierung die Anwerbung von Arbeitern ganz einstellen und nur von Fall zu Fall Facharbeiter verpflichten würde. Neuerdings finden aber wieder Anwerbungen in grösserer Zahl statt, und zwar im Auftrage von sowjetrussischen Regierungsstellen von Personen, denen deutscherseits hierzu die erforderliche Konzession nicht erteilt worden ist. Ganz abgesehen davon, dass solche Personen in Strafe genommen werden müssen, weil sie Ungesetzliches vornehmen, ist vor

einer Übersiedlung nach Sowjetrussland auf Grund der ganz allgemein gehaltenen und unverbindlichen Zusicherungen über „Anweisung von Wohnung“ und von „günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen“ zu warnen. Nicht, dass es sich um bewusste Irreführung handelt, aber die Erfahrung hat gelehrt, dass die Vorstellungen von „Wohnungs- und günstigen Arbeitsbedingungen“ bei deutschen Arbeitern wesentlich andere sind als bei Russen. Aus den nachträglichen Enttäuschungen ergeben sich leicht unerfreuliche Auseinandersetzungen, die

nur geeignet sind, die guten Beziehungen von Staat zu Staat zu beeinträchtigen. Russischerseits besteht offenbar die Neigung, deutschen Arbeitern keinerlei Vergünstigungen, die nicht auch russischen Arbeitern zustehen, zu gewähren. Daher ist grösste Zurückhaltung geboten. Nur wo Spezialarbeiter, die in Russland dringend benötigt werden, ein ausführlicher Vertrag, der u. a. auch eine zeitlich nicht begrenzte Berechtigung zur Geldüberweisung nach Deutschland vorsieht, geboten wird, sind diese Bedenken vielleicht unfällig. U.-St.

Ein Kapitalist gegen die Kapitalisten

Es ist eine auererkennenswerte Tat, wenn ein Unternehmer es in dieser Zeit des sozialpolitischen Rückschritts wagt, an die kapitalistische Wirtschaftsführung die Sonde der Kritik zu legen, unbefangen und vorurteilslos dieser Wirtschaftsführung in aller Ehrerbietung den Spiegel der Wahrheit und Klarheit vorzuhalten und sie so zu zeigen wie sie ist.

Dieser Kapitalistenspiegel ist eine kleine, sehr flüssig und verständlich geschriebene Schrift „Der Kapitalismus am Scheidewege. Das Problem der Arbeitslosigkeit“, von Heinz Dietrich (hinter dem sich ein Industrieller verbirgt), Verlag: Hans Oldenburg, Lübeck. Diese Schrift hat einer geschrieben, der Bescheid weiss. Die darin vertretenen Gedanken und Anschauungen werden von der sogenannten bürgerlichen Presse wahrscheinlich als höchst ketzerisch bezeichnet werden. Vielleicht wird sie die Arbeit auch ganz totschweigen oder als utopisch abtun, womit aber, wie der Verfasser ganz richtig sagt, der Gedanke selbst nicht totgeschlagen wird.

Der Verfasser röllt die gesamten Wirtschaftsfragen unter Beibringung unanfechtbarer Zeugnisse auf und gelangt zu vernichtenden Feststellungen für die deutsche Wirtschaftsführung. Er prüft die seit Jahren von der Wirtschaftsführung gegen die Republik und gegen die Gewerkschaften erhobenen Beschuldigungen und fragt mit Recht:

„Wo waren aber bisher die Wirtschaftsführer, die mit gutem Beispiel in der Vereinfachung und Verbilligung ihrer Verwaltungen, in der Vereinfachung auch unserer gesamten Lebensführung mit gutem Beispiel vorangegangen wären? Wann haben sie ernstlich den Versuch gemacht, ihre Erfahrungen und ihre Energie der Regierung zur Verfügung zu stellen, um die so vielgeschmähten Missstände abzustellen? Welche führenden Männer der Wirtschaft sind selbst in die Regierung eingetreten, um persönlich die Verantwortung mit zu tragen?“

Über den Kapitalmangel gibt dieser Industrielle der „nationalen“ Wirtschaft einige bittere Pillen zu schlucken:

„Dass Deutschland seit der Stabilisierung an chronischem Kapitalmangel leidet, ist mittlerweile zu einer Binsenwahrheit geworden. Dass aber Führer der kapitalistischen Wirtschaft sich darüber beklagen und diesen Mangel und den damit verbundenen hohen Zinssatz für die Höhe ihrer Selbstkosten mit verantwortlich machen, könnte belustigend wirken, wenn es nicht so traurig wäre. Die deutschen Kapitalisten haben nach der Schweiz, Holland, Dänemark usw. schätzungsweise 8 bis 10 Milliarden Mark in Sicherheit gebracht, ungefähr genau soviel wie die Einlagen bei den deutschen Sparkassen betragen. Nach den Reichstagswahlen sind allein wieder 800 Millionen Mark geflüchtet. Das sind Gelder derselben Kapitalisten, die ein so bewegliches Klagelied über Kapitalmangel und hohen Zinssatz anstimmen. Wenn die Konten in Holland und der Schweiz reden könnten!“

An einer anderen Stelle spricht er ein vernichtendes Urteil über die Kreditpolitik des Herrn Schacht und ihre Folgen:

„Der Weg, den Herr Schacht in den zurückliegenden Jahren mit seinen Kreditrestriktionen ging, ist mit wirtschaftlichen Leichen besät und sollte schrecken. Es waren nicht immer die schlechtesten Unternehmungen, die von seiner Politik getroffen wurden, wohl aber sind von den Kriegs- und Nachkriegsgewinnlern, die er vernichten wollte, gerade die grössten übriggeblieben, und sie werden heute als überlegene Wirtschaftsführer gefeiert. Aber so ist das Leben in der kapitalistischen Wirtschaft. Und dieser Kapitalismus fordert nicht nur den Schutz der deutschen Gesetze für sich, sondern verlangt auch allerhand Schonung, namentlich in steuerlicher Hinsicht, sonst — wandert er einfach aus. Die am weitesten entwickelten Organe dieses Kapitalismus aber, die erst alle Kapitaltransaktionen möglich machen, die deutschen Banken, beanspruchen für sich die Führung der deutschen Wirtschaft: sie, denen es gleichgültig ist, ob sie mit Obligationen und Aktien handeln oder ob sie ganze Majoritäten verkaufen, ohne Rücksicht darauf, wie sich solche Transaktionen für die davon betroffenen Gemeinden, für die Beamten und Arbeiter auswirken, wenn sich das Geschäft nur rentiert.“

Sehr aufschlussreich und eine weite Verbreitung verdienen die Ausführungen über die falsche deutsche Zollpolitik, deren Wurzeln Jahrzehnte zurückliegen.

Eingehend an Hand eines ausgezeichneten Zahlenmaterials untersucht der industrielle Verfasser die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit. Das ist überhaupt das Kennzeichnende dieser Schrift: Im Gegensatz zu den allgemein aufgestellten Behauptungen deutscher Wirtschaftsführer belegt der Verfasser seine Behauptungen durch klares, einwandfreies Material. Die Leistungen des deutschen Arbeiters sind viel mehr gestiegen als sein wirklicher Lohn. Der Verfasser hebt die Bedeutung des deutschen Inlandmarktes für die deutsche Gesamtwirtschaft hervor, der unendlich viel wichtiger ist als der Weltmarkt. Diese Tatsache muss bei der Lösung der Frage entscheidend sein. Daher kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, dass nur auf dem Wege einer Verkürzung der Arbeitszeit in allen industriellen Verkehrs- und Handelsunternehmungen, ohne Rücksicht auf eine etwaige Beeinträchtigung der Rente der betreffenden Unternehmungen, die Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann. Kurz und scharf widerlegt der Verfasser die von den deutschen Unternehmern gegen die Arbeitszeitverkürzung vorgebrachten Bedenken. Wie es bei der Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Lohnausgleich gehalten werden soll, ist nach dem Verfasser lediglich eine Tatfrage. „Es gibt“, so schreibt er, „noch genug Unternehmungen, die einen Ausgleich sehr wohl auf sich nehmen könnten, wie es ebenso sicher ist, dass viele Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie hierzu nicht in der Lage sind. Man kann sich aber auch vorstellen, dass für die Übergangszeit auch die Arbeiterschaft ein Opfer bringen und sich bereit erklären wird, zunächst einmal statt wie bisher 8 Stunden nur 7 Stunden zu demselben Stundenlohn zu arbeiten, wenn dadurch die Arbeitslosen von der Strasse weggebracht werden.“

Es kommt nicht darauf an, ob man mit allem, was der Verfasser sagt, einverstanden ist. Das Entscheidende ist, dass einer vom Bau die wirklichen Ursachen der Wirtschaftskrise mit jener goldenen Rücksichtslosigkeit in die Welt hinausstreitet und auch nicht davor zurückschreckt, seinen eigenen Kollegen diejenigen Wahrheiten zu sagen, die sie nicht gern hören wollen. Die kleine Schrift verdient, dass sie von recht vielen Arbeitern und Angestellten gelesen wird. —h.

Lohnsteuererstattung für 1930

Die Frist, bis zu welcher Anträge auf Lohnsteuererstattung für das Jahr 1930 gestellt werden können, läuft am 31. März, also in 10 Tagen ab. Später eingehende Anträge werden nicht berücksichtigt. Diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die glauben, im letzten Jahre zuviel Lohnsteuer gezahlt zu haben, müssen ihren Antrag sofort stellen, wenn sie nicht um ihr Recht kommen wollen. Wer Anspruch auf Lohnsteuererstattung hat und wie und wo die Anträge eingereicht werden müssen, haben wir in Nummer 3 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ausführlich behandelt. Wir verweisen auf unsere damalige Veröffentlichung.

Die Konsumvereine sind billiger

Den Konsumgenossenschaften wird von den Einzelhandelsverbänden nachgesagt, dass sie höhere Preise hätten als der private Kaufmann. Wer die Verhältnisse aus eigener Erfahrung kennt, weiss, dass das Gegenteil richtig ist. Wohl ist es möglich, dass der Kaufmann z. B. die Butter einige Pfennige billiger anpreist, als die billigste Sorte im Konsumverein kostet, womit aber noch lange nicht gesagt ist, dass der Kaufmann billiger ist als die Genossenschaft. Denn es kommt nicht allein auf den Preis an, sondern auch auf die Qualität. Und da muss anerkannt werden, dass die Konsumvereine im allgemeinen die besten Waren führen; wo dies nicht der Fall ist, müssen die Mitglieder aufbessern, damit Abhilfe geschafft wird. Die Konsumvereine erfüllen nur dann ihren eigentlichen Zweck, wenn sie ihre Mitglieder mit Qualitätsware billiger versorgen, als dies der Privatkaufmann kann oder tut.

Leider ist den Konsumgenossenschaften gesetzlich verboten, durch Waren- und Preisvergleiche zu beweisen, dass sie ihre Aufgabe erfüllen. Was sie tun können, ist die Errechnung eines Ernährungsindezes in strenger Anlehnung an die amtlichen Berechnungsmethoden, aber unter Zugrundelegung nur der Konsumvereinspreise. Ein Vergleich des amtlichen mit dem Konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindezes zeigt dann, wo, im Privathandel oder in den Konsumvereinen, die wichtigsten Lebensmittel am billigsten oder am teuersten sind. Die Berechnung des Konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindezes erfolgt vom Zentralverband deutscher

Konsumvereine. Es liegen bisher vor die Jahresdurchschnittszahlen für die letzten fünf Jahre und die Monatsdurchschnittszahl für Januar 1931. Nachstehend veröffentlichen wir eine Gegenüberstellung des amtlichen und des Konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex:

Jahresdurchschnitt	Ernährungsindex	
	amtlicher	Konsumgenossenschaftlicher
1926	144,4	99,1
1927	151,9	105,5
1928	152,3	102,2
1929	154,5	102,0
1930	142,9	95,4
Monatsdurchschnitt		
Januar 1931	133,5	90,5

Vom Jahre 1926 bis zum Januar 1931 ist der vom Statistischen Reichsamte errechnete Ernährungsindex von 144,4 auf 133,5, also um 10,9 Punkte oder 7,5 Prozent gesunken. In dem gleichen Zeitraum ging der Konsumgenossenschaftliche Ernährungsindex um 8,6 Punkte oder um 8,7 Prozent zurück. Die Konsumgenossenschaften haben also in den letzten fünf Jahren ihre Preise für die wichtigsten Massenbedarfsgüter in einem grösseren Umfange gesenkt als der an den amtlichen Preisstandereinstellungen beteiligte deutsche Lebensmitteleinzelhandel.

Unter Zugrundelegung eines einheitlichen Nenners (1926 = 100) ergibt sich folgendes lehrreiche Bild:

Jahresdurchschnitt	Ernährungsindex	
	amtlicher	Konsumgenossenschaftlicher
1926	100,0	100,0
1927	105,2	102,4
1928	105,5	103,1
1929	107,0	102,9
1930	99,0	96,3
Monatsdurchschnitt		
Januar 1931	92,5	91,3

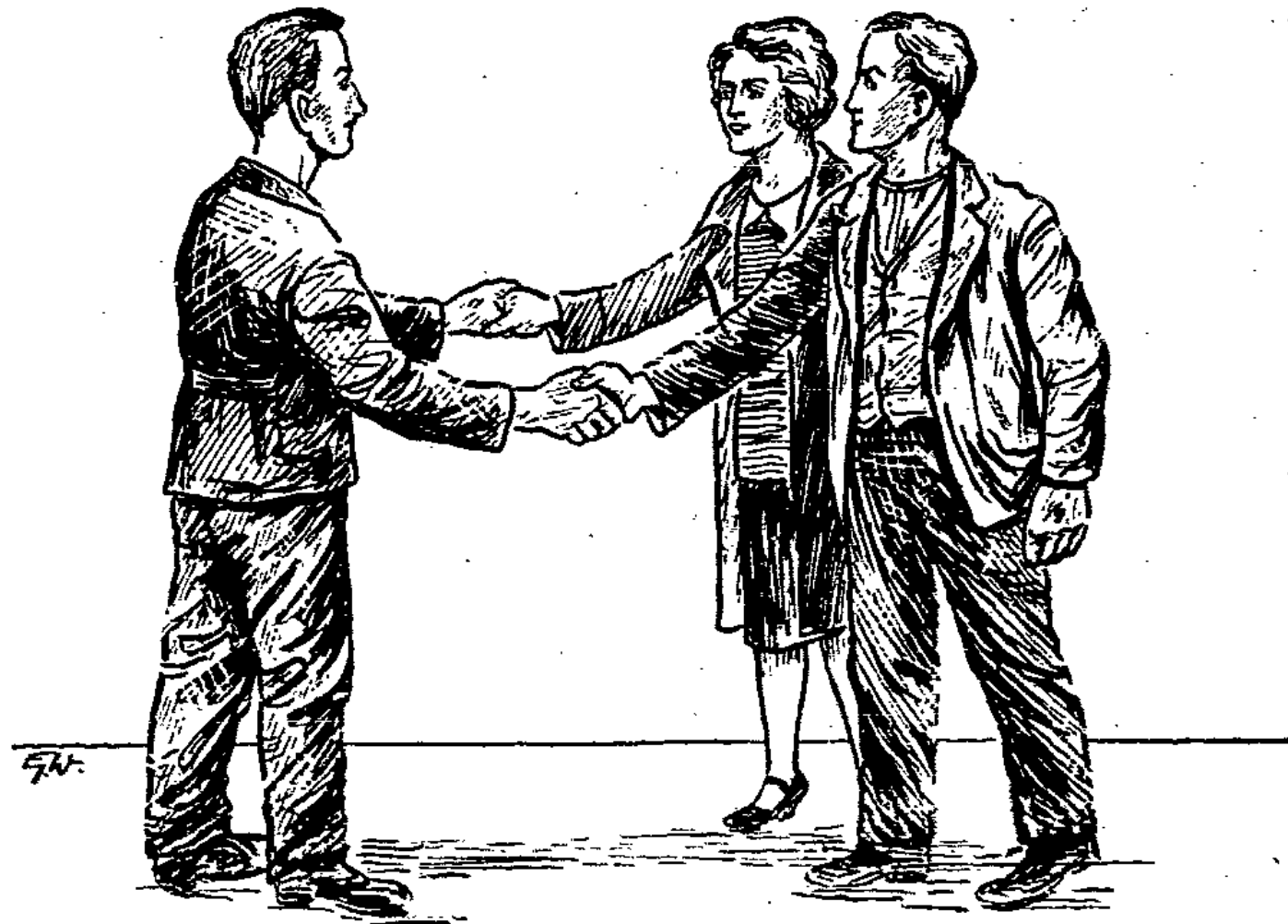
Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, dass die Lebensmittelpreise des Einzelhandels im Durchschnitt der Jahre 1927, 1928 und 1929 um rund 3 Prozent höher gelegen haben als die Preise der deutschen Konsumgenossenschaften. Da das deutsche Volk in diesen drei Jahren für seine Ernährung schätzungsweise 60 Milliarden Mark ausgegeben haben dürfte, ist die Schlussfolgerung nicht unberechtigt, dass die Verteilung des Ernährungsbedarfs der deutschen Verbraucher durch den Lebensmitteleinzelhandel in den Jahren 1927 bis 1929 etwa 1,8 Milliarden Mark mehr an Aufwendungen erforderte, als die Vermittlung dieses Bedarfs durch die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Anspruch genommen hätte. Diese Zahlen beweisen den grossen Wert der Konsumvereine für die Arbeiterschaft.

Arbeitslose und Rundfunkgebühren

Im Amtsblatt des Reichspostministeriums wird unterm 18. Februar eine Verfügung des Reichspostministers veröffentlicht, nach der Arbeitslose unter bestimmten Voraussetzungen von der Zahlung der Rundfunkgebühren befreit werden können.

Vom 1. März 1931 an können die Postämter auf Antrag Arbeitslosen, die Krisenunterstützungsempfänger sind oder als ausgesteuerte Krisenunterstützungsempfänger von den Gemeinden Wohlfahrtsunterstützung erhalten, also bereits längere Zeit ohne Arbeitsverdienst sind, die Rundfunkgebühren unter folgenden Bedingungen jedesmal für einen Kalendermonat erlassen:

1. Die Antragsteller müssen zur Zeit der Stellung des Antrages mindestens ein halbes Jahr ununterbrochen ordnungsmässige Rundfunkteilnehmer sein;
 2. die Antragsteller müssen dem zuständigen Postamt erstmalig und später allmonatlich — möglichst bis zum 25. des Monats, der demjenigen Monat vorangeht, für den der Gebührenerlass beantragt wird — einen schriftlichen Antrag einreichen, zu dem ein besonderes Antragsformular zu benutzen ist. Gleichzeitig haben sie durch Vorlegung eines Ausweises (Stempelkarte oder dergleichen) den Nachweis zu führen, dass die Voraussetzungen für den Gebührenerlass auf sie zutreffen
- Die Antragsformulare, auf denen ausser dem Vor- und Zunamen sowie der Wohnung noch angegeben werden muss, seit wann der Antragsteller zahlender Rundfunkteilnehmer ist, ob er Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützungsempfänger ist und welche Behörde die Unterstützung bewilligt hat, werden von den zuständigen Postämtern unentgeltlich abgegeben.



Brüder, Schwester, hört zu!

**Brüder, hör zu,
Fern stehst noch du
Der Brüder Kampfesreih'n.
Solltest selbst Kämpfer sein.
Reich uns die Hand,
Komm zum Verband.
Brüder, tritt ein.**

**Schwester, komm mit,
Halt gleichen Schritt.
Für Ferien, besseres Lohn
Lohnt sich's zu kämpfen schon.
Reich uns die Hand,
Komm zum Verband.
Schwester, tritt ein.**

**Schwester, die Not
Sei das Gebot:
Kampf sei der Tyrannei,
Bis Mensch und Arbeit frei.
Reich uns die Hand,
Komm zum Verband.
Schwester, tritt ein.**

**Brüder, die Hand
Komm zum Verband.
Stolz in der Brüder Reih'n
Wirst auch du Kämpfer sein.
Zögere nicht,
Tu deine Pflicht,
Brüder, tritt ein.** Karl Benscheck.



Aus dem Verbandsleben



Der Betriebsobmann

Das Betriebsrätegesetz gibt nicht allen Arbeitern ohne Unterschied das Recht, eine gesetzliche Vertretung zu wählen. Dieses Recht ist abhängig von der Betriebsgröße. Anspruch auf einen Betriebsrat besteht nur in Betrieben mit in der Regel mindestens 20 Beschäftigten. In Betrieben mit 5 bis 19 Beschäftigten haben die Arbeiter das Recht, einen Betriebsobmann zu wählen, wobei allerdings einige Einschränkungen bestehen. Alle Arbeiter dagegen, die in Betrieben mit weniger als 5 Beschäftigten arbeiten, haben keinen Anspruch auf eine gesetzliche Vertretung.

Die Berufe, für die unser Verband zuständig ist, umfassen auch heute noch zahlreiche kleine Betriebe. In Betrieben mit bis zu 5 Personen waren nach der Betriebszählung von 1925 151 433 Arbeiter beschäftigt. Das sind mehr als ein Fünftel der insgesamt in den Betrieben der Holzindustrie (einschliesslich Musikinstrumenten- und Holzspielwarenindustrie) beschäftigten 727 099 Arbeiter. Die Zahl der Arbeiter in Betrieben mit über 5 bis 19 Beschäftigten lässt sich nur schätzen, da in den statistischen Veröffentlichungen die Einteilung nach Betriebsgrößenklassen eine andere ist. Ihre Zahl ist mit 150 000 sicher nicht zu hoch angenommen. Daraus ergibt sich, dass noch nicht drei Fünftel der in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter das Recht haben, einen Betriebsrat zu wählen. Die übrigen mehr als zwei Fünftel haben etwa zur Hälfte Anspruch auf einen Betriebsobmann oder bleiben ganz ohne gesetzliche Betriebsvertretung.

In Wirklichkeit wird aber die letztere Gruppe noch vergrössert, weil nicht jeder Betrieb mit 5 bis 19 Beschäftigten ohne weiteres das Recht hat, einen Betriebsobmann zu wählen. Von den Beschäftigten müssen mindestens 5 wahlberechtigt und davon wieder mindestens 3 wählbar sein. Diese Bestimmung bedeutet eine starke Einschränkung, so dass die untere Grenze für den Anspruch auf eine gesetzliche Vertretung praktisch oft nicht viel unter 10 Beschäftigten liegen dürfte.

Werden die in kleinen Betrieben Beschäftigten durch die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes offenbar benachteiligt, dann ist es um so bedauerlicher, dass auch in den Betrieben, in denen an sich die Voraussetzungen für die Wahl gegeben sind, vielfach kein Obmann gewählt wird. Nach den Ergebnissen der Umfrage des Verbandsvorstandes über die Bewährung des Betriebsrätegesetzes („Holzarbeiter-Zeitung“ 1930; Seite 220) blieben im Vorjahre 36,4 Prozent der in solchen Betrieben Beschäftigten ohne gesetzliche Vertretung.

Über die Gründe für diese bedauerliche Erscheinung gibt eine ganze Anzahl der eingesandten Berichte Aufschluss. Zunächst dürfte in vielen Fällen die Wahl unterbleiben, weil in Kleinbetrieben, namentlich in Handwerksbetrieben, oft noch ein gewisses patriarchalisches Verhältnis vorherrscht. Andererseits gibt es gerade unter den Kleinbetrieben auch viele, in denen ein ständiger Wechsel der Belegschaften stattfindet. Natürlich ist es in all diesen Fällen auch für die Organisation schwierig, in den Betrieben Eingang zu finden, und wo die Belegschaft nicht organisiert ist, besteht von vornherein wenig Aussicht, dass ein Betriebsobmann gewählt wird. Weiter spielt unter den Gründen für die Nichtwahl auch der Umstand eine Rolle, dass die Betriebsvertretung der Kleinbetriebe aus nur einer Person besteht. Die Verantwortung trägt sich leichter, wenn sie auf mehrere Schultern gelegt wird.

Hierzu kommt aber noch, dass der Betriebsobmann gegenüber dem Betriebsrat als Vertretung minderem Rechte betrachtet wird. Ihm fehlt ein sehr wichtiges Recht, nämlich das der Mitwirkung bei Entlassungen. Die Belegschaften in Betrieben mit unter 20 Beschäftigten können nicht auf Grund der §§ 84 ff. des Betriebsrätegesetzes bei der Betriebsvertretung Einspruch gegen die erfolgte Kündigung

einlegen und eventuell beim Arbeitsgericht auf Weiterbeschäftigung klagen. Das ist ein ganz erheblicher Mangel. Nach Inkrafttreten des Gesetzes hat es auch zunächst Zweifel darüber gegeben, ob das Einspruchsrecht bei Entlassungen nicht auch für Betriebe mit unter 20 Beschäftigten gilt. Diese Zweifel mussten erst durch zahlreiche Entscheidungen der damals für diese Fälle noch zuständigen Schlichtungsausschüsse und durch Gerichtsurteile beseitigt werden. Flatow spricht darum in seinem Kommentar auch von einer „in der Praxis durchgesetzten Ansicht“ und von der „lebhaften Forderung nach einer gesetzlichen Änderung“.

Diese Forderung wird auch in den uns zugegangenen Berichten allgemein erhoben. Übereinstimmend wird die Frage, ob das Einspruchsrecht bei Entlassungen auch auf Obmannbetriebe auszudehnen sei, bejaht. In manchen Industrien, die es fast nur mit Grossbetrieben zu tun haben, tritt das zweierlei Mass, mit dem im Betriebsrätegesetz gemessen wird, gewiss kaum in Erscheinung. Dagegen macht es sich in Berufen, die noch viele Kleinbetriebe aufweisen, besonders krass bemerkbar. Zwar hat die Betriebsvertretung noch andere Aufgaben zu erfüllen, als die Belegschaft nach Möglichkeit vor willkürlicher Entlassung zu schützen, und wir sind der Meinung, dass die Mitwirkung bei Entlassungen nicht einmal die wichtigste Aufgabe ist. Aber dieses Recht des Betriebsrats ist in seiner unmittelbaren Wirkung für die Belegschaft mit in erster Linie fühlbar, und darum wird ihm auch so grosse Bedeutung beigemessen.

Die Gewerkschaften werden darauf dringen müssen, dass die in kleinen Betrieben Beschäftigten durch das Betriebsrätegesetz nicht so erheblich benachteiligt werden. Aber auch wenn vorläufig jene gesetzliche Änderung nicht zu erreichen ist, müssen trotzdem in allen Betrieben, die dazu berechtigt sind, Betriebsobmänner gewählt werden. Man darf ein Recht nicht deswegen ganz beiseiteschieben, weil es nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt. Die Aussichten auf eine etwaige Gesetzesänderung sind um so grösser, wenn darauf hingewiesen werden kann, dass von den Rechten aus dem Gesetz auch wirklich Gebrauch gemacht wird. Bei den jetzt einzuleitenden Neuwahlen der Betriebsvertretungen darf darum nicht versäumt werden, auch die Wahl von Betriebsobmännern in Kleinbetrieben in stärkerer Masse als bisher vorzunehmen. o—z.

Hessen-Nassau und Hessen

Mit dem Landesverband der Holzindustrie und des Holzgewerbes, Sitz Frankfurt a. M., ist am 6. März eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die Bestimmungen des bisherigen Mantelvertrages und des Bezirkstarifvertrages mit Wirkung vom 15. Februar wieder in Kraft treten und bis zum 15. Februar 1932 gelten. Binnen drei Wochen werden die notwendigen redaktionellen Änderungen vorgenommen. Die Tariflöhne an der Spitze werden in allen Ortsklassen um 6 Pf. herabgesetzt, der Ecklohn beträgt somit 119 Pf. Die Akkordsätze ermässigen sich um 6 Prozent. Abzüge, die seit dem 1. Januar vorgenommen wurden, werden angerechnet. Die Lohnregelung gilt bis zum 14. August 1931.

Bezirk Brandenburg

Zur Beilegung der Differenzen in dem Bezirk Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreussen wurde am 10. März vor dem Schlichtungsausschuss in Potsdam verhandelt. Das Ergebnis war ein Schiedsspruch, durch welchen der bisherige Mantelvertrag unverändert, der Bezirkstarifvertrag mit der Massgabe geändert wird, dass Schönlarke in die fünfte Ortsklasse eingereiht wird. Die Tariflöhne, die bisher in den sechs Ortsklassen an der Spitze 118, 112, 106, 100, 94 und 89 Pf. betragen, werden auf 112, 106, 100, 94, 88 und 84 Pf. herab-

gesetzt, die Akkordsätze um 6 Prozent gesenkt. Der Mantelvertrag gilt bis zum 29. Februar 1932, das Lohnabkommen bis zum 30. September 1931. Dem Schiedsspruch angehängt ist eine Protokollnotiz, die besagt, dass ausserhalb des Schiedsspruches die Parteien für die Dauer des Lohnabkommens eine Vereinbarung treffen, wonach die Kostgeldsätze der Lehrlinge in den vier Lehrjahren 10, 15, 18 und 27 Prozent des Facharbeiterlohnes betragen. Das bedeutet eine Abänderung des Mantelvertrages, der diese Beträge auf 8, 15, 20 und 30 Prozent festsetzt.

Kistenindustrie im Bezirk Dresden

Mit dem Verbands deutscher Kistenfabrikanten, Ortsgruppe Dresden, wurde am 5. März ein Lohnabkommen getroffen, durch welches der Durchschnittslohn an der Spitze der Facharbeiter von 110 auf 104 P^{ct}., der Hilfsarbeiter von 100 auf 94 Pf., der Facharbeiterinnen von 72 auf 68 Pf., der Hilfsarbeiterinnen von 62 auf 57 Pf. herabgesetzt wird; die Akkorde werden um 6 Prozent gesenkt. Das Abkommen gilt bis 31. August 1931.

Holzarbeiter und Metalltarif

Die Holzarbeiter und ganz besonders die Modellschreiner, die dem Kollektivabkommen der Grossstadtmittelindustrie in Bayern unterstehen, haben das lebhafteste Verlangen, durch den Deutschen Holzarbeiter-Verband vertreten zu werden. In dem bisherigen Abkommen hat nämlich der Metallarbeiter-Verband wenig Verständnis für Holzarbeiter gezeigt. Aus diesem Grunde wünschen wir, dass auch der Deutsche Holzarbeiter-Verband Vertragskontrahent werden soll.

Der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe, der jetzt als Bezirkstarifvertrag gilt, umschreibt genau, unter welchen Voraussetzungen Maschinenarbeiter als Facharbeiter gelten. Das wird aber in der Metallindustrie ebensowenig beachtet wie das vertragliche Verbot der Akkordarbeit an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen. Die häufig vorkommenden Unfälle beweisen es zur Genüge.

Die Schreiner, Modellschreiner, Maschinenarbeiter usw. in der Metallindustrie verlangen deshalb, dass diese Bestimmungen in dem Verträge für das Holzgewerbe auch für die Metallindustrie volle Geltung erhalten. Auch der Akkord sollte nach den Bestimmungen geregelt werden, die für das Holzgewerbe gelten. Ausserdem verlangen die Modellschreiner einen Zuschlag von 20 Prozent auf den Tariflohn der Schreiner. Das Akkordsystem, unter welchem besonders die Modellschreiner heute leiden, ist unhaltbar. An sie werden infolge vielfacher Verwendung von ungelerten Arbeitern in der Formerei und Kernmacherei erhöhte geistige Anforderungen gestellt neben den Anforderungen an die körperliche Arbeit, welche man durch die Treiberei noch zu steigern sucht.

Akkordarbeit ist für den Modellschreiner so gut wie unmöglich. Trotzdem wird in Akkord gearbeitet. Sehr häufig kommt es dabei zu Auseinandersetzungen, und es passiert nicht selten, dass der Arbeiter nicht einmal den Stundenlohn erhält. Dass die Arbeitsfreudigkeit dadurch nicht gehoben wird, ist verständlich. Nicht immer sind es tüchtige und gewissenhafte Menschen, die die Kalkulation in Händen haben.

Das sind die wichtigsten Gründe, welche die Holzarbeiter in der Metallindustrie veranlassen, zu verlangen, dass die Bestimmungen des Tarifvertrages für das Holzgewerbe auch auf sie Anwendung finden. Wenn es auch bei dem jetzigen Abkommen nicht möglich war, so müssen wir unsere Forderungen doch unausgesetzt erheben, bis ihnen Rechnung getragen wird.

D. F., Nürnberg.

Aussperrung in der bayerischen Metallindustrie

Die Frivolität und Rücksichtslosigkeit, mit welcher das Unternehmertum seine auf die Niederhaltung und Verelendung der Arbeiter gerichteten Pläne verfolgt, wird grell beleuchtet durch die Aussperrung in der Grossstadtmittelindustrie in Bayern. Obwohl sich die Schlichtungsbehörden um eine Verständigung bemühten, haben die Unternehmer ihren Belegschaften vorsorglich gekündigt. Der am 6. März von der Schlichterkammer gefällte Schiedsspruch mit einem Lohnabbau um 6 Prozent und sonstigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen kam den Wünschen der Unternehmer weit entgegen. Sie wollen aber die Löhne um 15 Prozent kürzen und daneben noch einen Schlag gegen das Schlichtungswesen führen. Deshalb beantworteten sie den Schiedsspruch mit der Bekanntmachung an die in den Betrieben des Verbandes bayerischer Metallindustrieller beschäftigten Arbeiter, dass sie vom 9. März an ausgesperrt seien. Der Metallarbeiterverband hat angesichts der Lage den Schiedsspruch angenommen und den Antrag gestellt, ihn für verbindlich zu erklären.

Von der Aussperrung sind 40 000 Arbeiter betroffen, unter denen sich auch 700 bis 800 Mitglieder unseres Verbandes befinden. Deshalb und auch aus anderen Gründen, auf die wir noch zurückkommen werden, bringen wir diesem Kampf in der Metallindustrie erhöhtes Interesse entgegen.

Säger in Südwestdeutschland

Für die Sägewerksindustrie in Württemberg und Baden ist am 27. Februar eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher der Ecklohn in Ortsklasse III ab 1. März 73 Pf., ab 1. Mai 71 Pf. beträgt. Dieses Abkommen kann erstmalig zum 28. Februar 1932 gekündigt werden.

Uelzen. Unsere Verwaltungsstelle wurde von einem herben Schlag getroffen. Kollege Friedrich Warnecke, der 30 Jahre als Kassierer in unserer Verwaltungsstelle tätig war, wurde durch einen plötzlichen Tod am 8. März aus unserer Mitte gerissen. Er ist ein Mitgründer unserer Verwaltungsstelle, die in diesem Jahre auf ihr 40jähriges Bestehen zurückblicken kann. Wir verlieren in ihm einen wirklich treuen und braven Kollegen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Sensburg. Ein vorbildlicher Lehrmeister und Jungendzieher ist Herr Fritz Schroeder. Der Mann gehört zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und weiss, was er seiner Partei schuldig ist. Er verbietet seinen Lehrlingen in ganz energischem Ton, der Jugendabteilung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes anzugehören, weil seines Erachtens der Holzarbeiter-Verband eine politische Organisation sei. „Wenn ihr euch gewerkschaftlich organisieren wollt“, so meint der berühmte Meister, „dann müsst ihr in die SA. eintreten! Dort könnt ihr euch für euer weiteres Leben richtig vorbereiten. Seht mal, wie schön es ist, wenn ihr später selbständig werdet und ihr könnt euren Gesellen an Lohn zahlen, was ihr wollt. braucht euch also nicht an den Tariflohn zu halten. Ich sage euch noch einmal: Tretet ihr nicht aus dem Holzarbeiter-Verband aus, dann werde ich euch alle entlassen!“ Mit solchen Redensarten zeigt Meister Schroeder lediglich, was Geistes Kind er ist. Dass er sich zum Lehrmeister besonders eignet, wird man nach solchen Proben kaum behaupten können. Wir verstehen, dass ihm der Deutsche Holzarbeiter-Verband sehr unbequem ist, aber im Kampf gegen unsere Organisation haben sich noch ganz andere Leute wie der Nationalsozialist Schroeder die Zähne ausgebissen.

*Wit Cefjainan diake Dünmar ist
Aus zwölfte Wofanbitung föllig*



Holzindustrie



Konjunkturbetrachtungen

Das Institut für Konjunkturforschung (I.K.) beschäftigt sich in seinem Ende Februar abgeschlossenen Vierteljahresbericht wiederum eingehend mit dem Stand und den Aussichten der Konjunktur in der Holzindustrie. Wir entnehmen dem Bericht folgende Stellen:

Der Holzverbrauch nahm mit dem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, insbesondere mit der Schrumpfung des Bauvolumens im vergangenen Jahre, stark ab. Das Angebot ging dagegen nicht im gleichen Umfang zurück, so dass sich der Preisdruck an den Holzmärkten verschärfte.

Während Anfang 1930 für die Fertigstellung von im Jahre 1929 begonnenen Bauten noch grössere Mengen von Holz benötigt wurden, ging die Bautätigkeit und damit der Holzbedarf etwa seit Juni 1930 empfindlich zurück. Nimmt man unter Berücksichtigung der modernen Bauweise den für Holz erforderlichen Anteil am gesamten Kapitalaufwand im Wohnungsbau mit etwa 19 Prozent und im öffentlichen und gewerblichen Bau mit rund 10 Prozent an, so stellt sich 1930 der Wert des am Baumarkt verarbeiteten Holzes auf etwa 1 Milliarde Mark gegenüber 1,2 Milliarden Mark im Jahre 1929, so dass sich ein Minderverbrauch von rund 200 Millionen Mark, das heisst um etwa 17 Prozent, gegenüber 1929 ergibt. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass sich wertmässig der Anteil der Ausgaben für Holz am Gesamtaufwand infolge des im Vergleich zu anderen Baustoffen stärkeren Preisrückgangs für Holz im Jahre 1930 um ein geringes vermindert haben dürfte.

In der Holzindustrie lässt der Rückgang der Beschäftigtenzahl um etwa 22 Prozent bei erhöhter Kurzarbeit auf eine entsprechende Verminderung des Holzbedarfs schliessen. In der Papierindustrie, auf die etwa 16 Prozent des gesamten Holzverbrauchs in Deutschland entfallen, hat die Aufnahmefähigkeit erst in der letzten Hälfte des Jahres 1930 im Zusammenhang mit dem Rückgang der Halbstoffproduktion nachgelassen. Die Produktion von Holz- und Zellstoff lag im Durchschnitt des Jahres 1930 um 2,4 Prozent, im letzten Vierteljahr um 8 Prozent unter Vorjahrshöhe. Die Lagerbestände in Papierholz und Halbstoffen gingen dabei gegen Jahresende weit über das saisonübliche Mass hinaus. Im Zusammenhang mit dem Rückgang der Förderung im Kohlenbergbau ist auch der Verbrauch an Grubenholz (von rund 5,2 Millionen auf etwa 4,5 Millionen Festmeter) zurückgegangen.

Obwohl im allgemeinen das Angebot niedriger war als 1929, vermochten sich Inlandsproduktion und Einfuhr, zum Teil wohl infolge der längere Zeit im voraus notwendigen Planungen, dem rückgängigen Bedarf doch nicht voll anzupassen. Die Holzeinfuhr ging im ganzen um 22 Prozent zurück. Die Papierholzeinfuhr, die noch bis Anfang 1930 zugenommen hatte, ist seit Mitte 1930 im Zusammenhang mit der ungünstigen Entwicklung der Papierindustrie beträchtlich gesunken. Der starke Rückgang der Einfuhr von Eichenholz ist zum Teil auf die Schrumpfung des Bedarfs im Waggonbau und in der Parkettindustrie zurückzuführen, vor allem aber auf Modewandel, der zu einer beträchtlichen Einschränkung der Erzeugung von Eichenmöbeln geführt hat — Bevorzugung hochglanzpolierter Möbel, besonders aus kaukasischem Nussbaum —; nur bei weichem Laubholz hat sich die seit 1929 hervorgetretene Einfuhrsteigerung bis in die jüngste Zeit hinein fortgesetzt. Allerdings scheinen hier, es handelt sich namentlich um Okumé-Hölzer, gewisse Fehldispositionen der ausländischen Verleger vorzuliegen; denn die Vor-

räte in diesen Sortimenten waren Ende 1930 in den Hafenstädten beträchtlich angewachsen, was namentlich bei geringen Qualitäten zu starkem Preisdruck führte, im letzten Halbjahr ein Rückgang um etwa 20 bis 25 Prozent.

Mit der Zunahme des Überangebots auf dem Binnenmarkt sind die Holzpreise weiter gesunken. Im Durchschnitt 1930 lagen die Preise für Kiefernrundholz um 25 Prozent, für Fichtenrundholz um 19 Prozent unter der Vorjahrshöhe. Bei Papierholz hat sich der Preisdruck erst in der letzten Hälfte des Jahres 1930 verschärft; gegenüber Juli 1930 waren die Preise im Dezember um etwa 31 Prozent gesunken. Der Rückgang der Schnittholzpreise, der sich 1929 nur langsam vollzogen hatte, nahm 1930 bei Bauholz, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, ein beschleunigtes Tempo an. Gegenüber ihrem Höchststand in den Jahren 1927/28 haben die Preise für Nadelrundholz um rund 45 Prozent nachgelassen; von den Schnittholzpreisen gingen die Bauholzpreise um 32 Prozent und die Preise für hochwertige Tischlerware um 27 Prozent zurück.

Da sich das Bauvolumen 1931 um mehr als 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre verringern dürfte, wird für das laufende Jahr mit einem Minderverbrauch an Bauholz von etwa 220 Millionen Mark zu rechnen sein. Die Aufnahmefähigkeit der Holzindustrie wird auch weiterhin nachlassen. Im Waggonbau sind wesentlich geringere Aufträge der Reichsbahn als im Vorjahre zu erwarten. Bei dem rückgängigen Papierverbrauch dürfte auch auf dem Papierholzmarkt mit wachsenden Schwierigkeiten zu rechnen sein. Im Bergbau wird sich der Verbrauch voraussichtlich im Rahmen des Vorjahres halten. Dabei werden jedoch die Gruben in erhöhtem Masse auf die nicht unbedeutlichen Reservebestände zurückgreifen. Im ganzen ist für das Jahr 1931 ein erheblich geringerer Bedarf an Holz als im Vorjahre zu erwarten. Demgegenüber wird jedoch der von dem hohen in- und ausländischen Angebot ausgehende Druck weiter anhalten. Das Angebot aus der Tschechoslowakei (u. a. Windbruchholz), aus Österreich und den anderen wichtigen Holzausfuhrländern dürfte immer fühlbarer werden. Vor allem aber ist Russland, wie die jüngsten Abschlüsse mit deutschen Firmen erneut erkennen lassen, bemüht, für die im Rahmen des Fünfjahresplanes vorgesehene Steigerung der Holzproduktion auch in Deutschland verstärkt Absatz zu finden. Namentlich wird Russland wohl mehr und mehr dazu übergehen, verarbeitetes Holz (Schnittholz, Dielen, Türen) auf den Markt zu bringen. Demgegenüber könnte die mit dem Ablauf des deutsch-polnischen Holzprovisoriums am 31. Dezember 1930 eingetretene Schnittholzsperrung bei längerem Anhalten den Schnittholzmarkt in gewissem Umfange entlasten.

Im 4. Vierteljahr 1930 war die Beschäftigung in allen Zweigen der Holzindustrie ungewöhnlich niedrig; im Januar 1931 lag sie um 37 Prozent unter Vorjahrshöhe. Bei der ungünstigen Entwicklung in den wichtigsten Abnehmerindustrien dürfte die ab März zu erwartende Saisonbelegung in der Holzindustrie nur in mässigem Umfange eintreten. Die holzbearbeitende Industrie wird besonders empfindlich durch die ungünstige Baumarktentwicklung getroffen; doch scheint darüber hinaus die zu starke Ausdehnung der Produktionsanlagen namentlich in der Furnierschneiderei und der Sperrholzfabrikation zu besonderen Schwierigkeiten geführt zu haben, die eine Rückbildung der Anlagen notwendig machten und den konjunkturellen Rückgang noch verschärften.

Innerhalb der Holzverarbeitenden Industrie sind in der Möbelindustrie Pro-

duktion, Umsatz und Preise in den letzten Monaten weiter gesunken. Im Zusammenhang mit dem Rückgang in der Fertigstellung von Wohnungen wird auch der Bedarf an Möbeln für Neueinrichtung abnehmen, und zwar mindestens in gleichem Masse wie im letzten Halbjahr 1930. Hinzu kommt, dass bei weiterer Einkommensminderung die Konsumenten auch bei Ersatzanschaffungen noch stärker zurückhalten werden. Die an sich geringe Ausfuhr von Möbeln ist 1930 mengenmässig um 3 Prozent gestiegen; die Aussichten für den Möbelabsatz im Ausland werden jedoch infolge der zunehmenden Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse und wegen erhöhter Zollschwierigkeiten (z. B. in Österreich, der Schweiz und den Vereinigten Staaten) immer geringer.

In der Klavierindustrie scheint der Liquidationsprozess im letzten Halbjahr zu einem gewissen Abschluss gekommen zu sein. Ende 1930 zeigte sich zum erstenmal wieder eine saisonmässige Belegung der Beschäftigung von längerer Dauer. Da eine grössere Anzahl von Firmen in den letzten Jahren aus dem Produktionsprozess ausgeschieden ist, dürfte für die Zukunft mit einer gewissen Entlastung des Marktes gerechnet werden können. Der Auslandsabsatz wird immer noch durch die hohen Zölle, namentlich in England und Australien, diese Länder waren früher die wichtigsten Absatzgebiete, stark gehemmt.

Die Beschäftigung in der Kisten- und Packfässerindustrie hat infolge des allgemeinen Rückganges der Umsatz-tätigkeit weiter nachgelassen und dürfte sich auch vorerst noch kaum bessern.

Verärgerte und neidische Leute

Die „Instrumentenbau-Zeitung“ hat sich für ihre Nummer 4 von einem Händler folgendes schreiben lassen:

„Sie bringen in der Nummer vom 25. November 1930 Ihrer geschätzten Zeitschrift eine Auslassung der ‚Holzarbeiter-Zeitung‘, wonach dieses Blatt den Handel als überflüssig darstellte und seine Verdienstspanne als unberechtigt hoch ansah. Hiergegen ist die Frage aufzuwerfen, wovon ohne den Handel der Inseratenteil der ‚Holzarbeiter-Zeitung‘ prosperieren wollte. Die Millimeterzeile kostet 1,50 Mk. bis 1,75 Mk. je nach Anzahl der Anzeigen, woraus sich eine Einnahme von rund 2500 bis 3000 Mk. pro Nummer und somit die Tatsache ergibt, dass der Handel durch seine Anzeigen nicht nur die gesamten Herstellungskosten des Blattes, sondern darüber hinaus wahrscheinlich auch noch einen Überschuss als Beitrag zur Gewerkschaftskasse zahlt. Die ‚Holzarbeiter-Zeitung‘ hat also am allerwenigsten Ursache, den Handel, nachdem sie von ihm ausgehalten wird, als überflüssig hinzustellen, und wenn sie seine Verdienstspanne zu hoch findet, sollte sie vor allem an ihrem Teil beginnen, durch Herabsetzung ihrer Anzeigenpreise seine Unkosten zu verringern.“

Wir wissen nicht, wer sich über die Veröffentlichung dieser Zeilen mehr freut, der Verfasser oder die Redaktion des Unternehmerblattes. Aber keinem von beiden macht diese Aktion bestimmt soviel Spass wie uns, obwohl sie als ein kräftiger Schlag in unser Gesicht gedacht ist. Aber dazu gehört mehr als geschäftlicher Ärger und Konkurrenzneid.

Wie liegen die Dinge? Die „Holzarbeiter-Zeitung“ erscheint in einer Auflage von reichlich 300 000 je Nummer. Ihr Verbreitungsgebiet ist das ganze Reich; man wird kaum einen Ort ohne Leser der „Holzarbeiter-Zeitung“ finden. Infolgedessen bemühen sich Händler und Fabrikanten in grosser Zahl um die Unterbringung ihrer Inserate in der „Holzarbeiter-Zeitung“. Der Andrang ist so gross, dass wir jede Woche alle acht Seiten mit Geschäftsanzeigen füllen könnten. Da unser Holzarbeiter-Verband auf ein solches Geschäft dankend verzichtet,

werden Woche für Woche reichlich neun Zehntel aller Inseratenaufträge zurückgewiesen. Damit haben wir uns schon viele Feinde geschaffen, denn die Händler und die Fabrikanten müssen ihre Waren nun in Zeitschriften anpreisen, die wohl das grosse Wort führen, aber keine Leser haben. Die Redaktion der „Instrumentenbau-Zeitung“ weiss darüber ja Bescheid. Sie kann mit ihrer Auflage von etwa 2500 natürlich billiger sein als die „Holzarbeiter-Zeitung“, und sie muss es auch, sonst bekäme sie überhaupt keine Inserate. Das aber wäre ihr Ende, denn sie lebt ja von den Inserateinnahmen.

Der Händler, der in die Redaktion der „Instrumentenbau-Zeitung“ geflüchtet ist, wird einer von den vielen sein, die ihre Inserate in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht unterbringen konnten. Aus Ärger darüber phantasiert er nun allerhand Unsinn über die Inseratenpreise und Inserateinnahmen der „Holzarbeiter-Zeitung“ zusammen. Und die „Instrumentenbau-Zeitung“ druckt es aus Konkurrenzneid ab. Lassen wir beiden ihr Vergnügen.

Vom internationalen Waggonkartell

Über die Verhandlungen zur Schaffung eines internationalen Waggonkartells haben wir wiederholt berichtet. Bereits im April des vorigen Jahres kam ein Vorvertrag zwischen den massgebendsten Waggonfabriken der in der Hauptsache in Betracht kommenden europäischen Länder zustande. Nachdem nun auch die letzten Schwierigkeiten behoben sind, ist der Kartellvertrag in Kraft getreten.

Während mit England nur von Fall zu Fall Fühlung genommen wird, haben die übrigen Kartellmitglieder den Weltexport nach folgendem Quotenschlüssel untereinander aufgeteilt: Belgien 34,6, Deutschland 28,8, Frankreich 13,9, Italien 10,5, Tschechoslowakei 6,9, Ungarn 2,4, Österreich 2,2, Schweiz 0,7 Prozent.

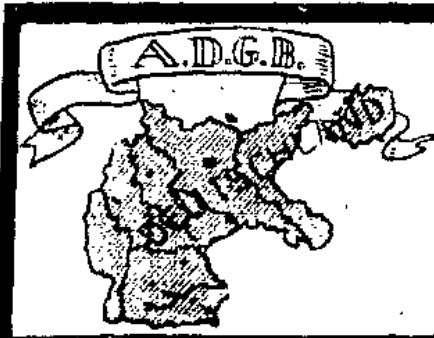
Zwischen Deutschland und Frankreich ist eine Sondervereinbarung getroffen worden, nach welcher Frankreich sich verpflichtet, wenn seine Waggonfabriken überbeschäftigt sind, Aufträge an Deutschland abzugeben, bis zur Erhöhung der deutschen Quote um höchstens 6 Prozent.

Der Kartellvertrag gilt zunächst bis Ende 1931. Verschiedene bisher nicht angeschlossene Länder haben um Aufnahme in das internationale Geschäft nachgesucht.

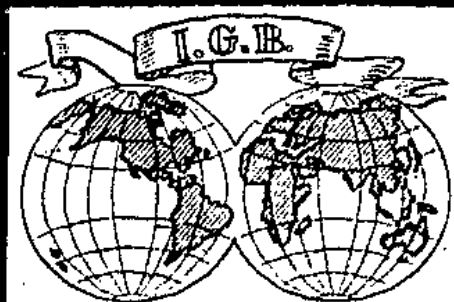
Bauholzmangel in Russland

Eine Abordnung des Bauarbeiter-, Bergarbeiter- und Metallarbeiter-Verbandes der Ukraine hat sich an die Sowjetregierung mit folgendem Alarmruf gewandt:

„Dem Wohnungsbau im Donez-Kohlenrevier droht Gefahr, weil es an Bauholz mangelt. Bisher hat sich die Versendung von Bauhölzern an die Bauplätze nicht nur nicht gebessert, sondern sogar verschlechtert. Am 20. Februar mussten wir berichten, dass die Bauarbeiten im ersten Vierteljahr bedroht sind und dass die Vorbereitungen für das zweite Vierteljahr sehr langsam vor sich gehen. Heute muss man es offen aussprechen: Das erste Vierteljahr zeigt ganz unzulängliche Ergebnisse, und wenn nicht sofort Massnahmen ergriffen werden, um die Zufuhr von Bauholz im März zu beschleunigen, so wird im zweiten Vierteljahr die Rückständigkeit weiter zunehmen. Bekanntlich kann das Bauholz nicht versandt werden, weil die Eisenbahnen nicht die erforderliche Anzahl von Wagen stellen. Die Lage wird noch dadurch verschärft, dass grosse Mengen von Holz an Stellen lagern, die im Frühjahr überschwemmt werden, so dass die Gefahr besteht, dass ein grosser Teil des Materials fortgeschwemmt wird. Wir schlagen Alarm.“



Gewerkschaftsbewegung



Tagung des Bundesausschusses

Am 10. März fand eine Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Aus dem Bericht des Bundesvorstands, den Leipart erstattete, ist zu erwähnen ein Hinweis auf die nationalsozialistische Propaganda gegen die Konsumvereine, der die Gewerkschaften in ihrer Presse entschieden entgegenzutreten sollten.

An der Arbeitsruhe am 1. Mai soll festgehalten werden, und zwar wie früher überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist.

Das Zentrum hat den Antrag gestellt, das Berufsausbildungsgesetz erneut einzubringen. Auch die Sozialdemokratische Partei wird, einem Wunsche der Gewerkschaften entsprechend, die Verabschiedung des Gesetzes anregen.

Der AfA-Bund hat angeregt, einen gemeinsamen Ausschuss zu bilden, der die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung untersuchen soll. Der Bundesvorstand hat dieser Anregung zugestimmt.

An der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften zur Technischen Nothilfe ist festzuhalten und der Beitritt von Mitgliedern nicht zu empfehlen.

Der diesjährige Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. wird sich mit der Krise und den Wegen zu ihrer Überwindung befassen müssen. Die Forderungen, die der Vorstand erheben wird, sollen wiederum in einem Sammelwerk, unter Unterstützung von Sachverständigen, eingehend begründet werden. Das Hauptreferat des Kongresses soll durch diese umfassende Begründung eine wissenschaftlich einwandfreie Grundlage erhalten.

In der Aussprache wurde u. a. auf die finanziellen Schwierigkeiten hingewiesen, in welchen sich viele Verwaltungsstellen der Verbände befinden, und die es notwendig machen, dass sich auch die Ortsausschüsse einschränken. Dabei wurde jedoch bezüglich der Beiträge an die Ortsausschüsse betont, dass die Gesamtinteressen mindestens ebenso wichtig sind wie die Verbandsinteressen. Es muss nach geltendem Gewerkschaftsrecht für alle Mitglieder gezahlt werden. Dann können unter Umständen in Notfällen die Beiträge herabgesetzt werden.

Der Bundesausschuss nahm die Anregungen, die der Vorsitzende in seinem Bericht gegeben hatte, einstimmig an.

Hierauf besprach Leipart die allgemeine Lage. Hierbei berichtete er über die Verhandlungen, die zu der gemeinsamen Erklärung der Spitzenorganisationen führte, die, bei der Besprechung der Gewerkschaften mit Hindenburg, dem Reichspräsidenten unterbreitet wurde. Der Reichskanzler Brüning, der bekanntlich an der Unterredung teilnahm, hat erklärt, dass er die Besprechungen mit den Gewerkschaften fortsetzen würde.

Der Bundesvorstand hat sich auch mit dem Arbeitbeschäftigungsprogramm von Hörsing beschäftigt. Zu einem Teil deckt sich sein Programm mit längst erhobenen Forderungen der Gewerkschaften. Zum anderen Teil ist es undurchführbar. Die Gewerkschaften können sich daher nicht auf den Boden dieses Programms stellen.

Die Gewerkschaften haben dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung erneut ihre Meinung gesagt, sich entschieden gegen den Lohnabbau gewendet und die Arbeitszeitverkürzung gefordert. Die Entschlüsse, die der Vorstand dem Ausschuss diesmal vorgelegt hat, bedeuten eine erhebliche Befräftigung der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Schwierigkeiten zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung sind nach Auffassung des Vorstandes keineswegs unüberwindlich. Die Oktoberentscheidung hatte die Arbeits-

zeitverkürzung nur als Notmassnahme gefordert. Die neue Entschliessung geht darüber hinaus. Sie legt entschiedenes Gewicht darauf, dass eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht genommen werden müsse, wenn der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wirksam Rechnung getragen werden solle. Auch gegen den planmässigen Lohnabbau muss der Bundesausschuss wiederum Stellung nehmen.

In der folgenden Aussprache wurde die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung allgemein unterstrichen. An der Aussprache beteiligte sich auch Wels, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei. Er beschäftigte sich kurz mit dem Programm von Hörsing, das vom Parteivorstand trotz des grossen und kraftvollen Führers des Reichsbanners in gleicher Weise beurteilt wird wie vom Bundesvorstand. Wels begrüsst den Schritt, den die Spitzenorganisationen und die Bergarbeiter bei Hindenburg unternommen haben. Ohne Zweifel hat diese unmittelbare Fühlungnahme auf Hindenburg, der sich aufrichtig bemüht hat, ein objektives Bild der Gesamtlage zu gewinnen und die Interessen des Volksganzen Einzelinteressen überzuordnen, einen tiefen Eindruck gemacht. Es ist wichtig, Hindenburg nicht allein den Einflüssen der grünen Front zu überlassen, sondern auch die Auffassung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft ihm nahezubringen.

Von allen Rednern, die an der Aussprache teilnahmen, wurde einmütig die Auffassung vertreten, dass die Gewerkschaften in der heutigen Situation nicht mit der erfolgversicheren Kraft vorgehen können, die sie unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen aufbringen könnten. Aber die Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmer die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft und die selbstverständlich verminderte Kampfkraft der Gewerkschaften ausnutzen und das vorhandene Elend steigern, diese brutale Machtpolitik darf und soll ihnen nicht vergessen werden. Die Zeit wird kommen, in denen die Gewerkschaften ihren Gegnern beweisen werden, dass ihr Kampfwille durch die jetzige Krise sich zwar nicht voll entfalten kann, dass er aber ungebrochen ist und zu gegebener Zeit die ganze Kraft der Organisationen einsetzen wird, um das verlorene Gelände wiederzugewinnen.

Die in der Diskussion mit erörterten beiden Resolutionen, die der Bundesvorstand vorgelegt hatte, wurden einstimmig angenommen. Wir bringen ihren Wortlaut an anderer Stelle dieser Zeitung.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung wurde die Frage der Beziehungen der Gewerkschaften im Memelland zu den deutschen Gewerkschaften erörtert. Fast alle dortigen Gewerkschaften haben sich zum Memelländischen Gewerkschaftsbund zusammengetan, und bei diesem besteht nun das Bestreben, sich mit den deutschen Gewerkschaften enger zu verbinden. Diesem Wunsche könne dadurch Rechnung getragen werden, dass sich der Memelländische Gewerkschaftsbund dem ADGB anschliesst. Der Bundesvorstand schlägt vor, dass der Bundesausschuss ihn ermächtigt, mit den memelländischen Gewerkschaften über eine solche Lösung zu verhandeln. Der Bundesausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

Leipart berichtet ferner, dass der Bundesvorstand die Veranstaltung eines Bauarbeiterschutzeskongresses vorschlägt. Die internationale Bauausstellung in Berlin bietet einen erwünschten Anlass zu dem Kongress. Die meisten der beteiligten Verbände haben dem Gedanken bereits zugestimmt.

Zur Beratung kommt dann die Frage des Verhältnisses einiger Verbände des ADGB, die Angestellte zu ihren Mitgliedern zählen, zum AfA-Bund. Diese Verbände haben das Bestreben, für diesen Teil ihrer Mitglieder

den Anschluss an den AfA-Bund zu erwerben. Unmittelbar praktische Bedeutung hat die Angelegenheit zunächst für den Gesamtverband. Dem entsprechenden Antrage des Gesamtverbandes wird zugestimmt. Leipart betonte, dass dieser Beschluss in keiner Weise den Organisationsvertrag zwischen ADGB und AfA-Bund berührt.

Leipart schloss die Sitzung mit einem Hinweis auf die wachsende Not der Massen und die Sorgen der Gewerkschaften. In der schwersten Zeit müssen sich alle tätigen Menschen in der Bewegung ihrer ersten Pflichten und der Grösse ihrer Aufgabe doppelt bewusst sein. Die Gewerkschaften haben trotz allem keinen Anlass zur Mutlosigkeit. Ihre Pflicht ist, die Sorge der Massen auf sich zu nehmen und die Schatten der Mutlosigkeit auch aus den Reihen der von stärkstem wirtschaftlichem Druck gequälten Arbeiterschaft zu bannen.

Ruhrort-Meiderich

In den letzten Wochen ist der Name des den Vereinigten Stahlwerken gehörigen Hüttenwerkes Ruhrort-Meiderich sehr viel genannt worden. Die 7000 Arbeiter dieses Werkes waren vor die Frage gestellt, ob sie sich mit einer 20prozentigen Kürzung ihres Lohnes einverstanden erklären oder ob sie durch die Stilllegung des Werkes ihren Arbeitsplatz verlieren wollen. Die Zumutung an die Arbeiter, sich ihren Lohn in so ungeheuerlicher Masse kürzen zu lassen, war nicht nur ein Angriff des Unternehmertums auf die Lebenshaltung der Arbeiter, sondern auch ein Schlag gegen den Tarifvertrag und das Tarifvertragsrecht.

Die Unabdingbarkeit des Tariflohnes ist dem Schaffmächertum ein Dorn im Auge. Und den Lohnabbau noch wirksamer als seither durchzuführen, soll das Tarifvertragsrecht zerschlagen werden. Die Scharfmacherpresse entrüstet sich über die Gewerkschaften, die sich in der Verteidigung des Tarifvertragsrechtes dem Lohnraub in Ruhrort-Meiderich widersetzt und erreicht haben, dass auch die Mehrheit der Belegschaft die Stilllegung des Betriebes dem Lohnabbau vorgezogen hat.

Die Vorgänge spielten sich in der Weise ab, dass die Vereinigten Stahlwerke gegen Ende vorigen Jahres einen Stilllegungsantrag stellten. Erst sollte die Hälfte der Belegschaft entlassen werden, bald aber wurde die Stilllegung des ganzen Betriebes beantragt. Der Oberbürgermeister Jarres von Duisburg legte sich ins Mittel und erreichte die Zusage, dass etwa 5000 Arbeiter weiterbeschäftigt werden, wenn sie mit 20 Prozent Lohnabbau einverstanden seien. In dem Fall sollte ihnen Arbeitsgelegenheit bis Ende September gewährt werden, wobei sich die Firma das Recht vorbehält, bis 10 Prozent Feierschichten einzulegen. Dieser Vorschlag wurde von den Gewerkschaften und dem Arbeiterrat abgelehnt. Bei der Abstimmung, an der sich 6527 Mann von der 6870 Mann starken Belegschaft beteiligten, stimmten 4400 gegen den Vorschlag.

Hierauf unternahm Oberbürgermeister Jarres einen Schritt, der ihm mit Recht sehr verübelt wurde. Er versandte etwa 9000 Schreiben an derzeitige und frühere Arbeiter des Werkes, in dem er sie bat, seinem Vorschlag zuzustimmen. Er erreichte auch, dass mehr als die Hälfte der Befragten zustimmten. Aber die Mühe war vergeblich. Die Gewerkschaften verwiesen auf den noch bis Ende September geltenden Tarifvertrag, der durch die Herabsetzung des Lohnes verletzt werde. Diesen Einwand konnten die Vereinigten Stahlwerke nicht unbeachtet lassen, und so wurde am 21. Februar die Hütte Ruhrort-Meiderich stillgelegt.

Der von der Scharfmacherpresse erhobene Vorwurf, dass die Gewerkschaften durch

ihre Verhalten diese Steigerung der Arbeitslosigkeit verschuldet hätten, ist leicht zu tragen. Die Gewerkschaften haben richtig gehandelt, dass sie dem ungeheuerlichen Lohnabbau mit allen gebotenen Mitteln Widerstand entgegengesetzten. Es handelte sich ja nicht nur um die 5000 Mann, denen bis Ende September Arbeit gewährleistet wurde. Wäre der Lohnabbau hier durchgesetzt worden, dann hätte sich diese Welle alsbald nicht nur auf die übrigen Betriebe der Vereinigten Stahlwerke, sondern auf die ganze Industrie fortgepflanzt.

Dazu kommt aber ein anderes. Es stand zu erwarten, dass, wenn man die 5000 Mann in Ruhrort-Meiderich hält, die entsprechende Zahl von Arbeitern auf anderen Werken der Gesellschaft entlassen wird. Die Vereinigten Stahlwerke umfassen eine Anzahl grosser Werke. Der Rückgang des Absatzes macht eine Verminderung der Produktion erforderlich, und hierbei erscheint es der Verwaltung zweckmässig, einzelne Werke ganz stillzulegen. Ruhrort-Meiderich war zur Stilllegung bestimmt. Durch das grosse Lohnopfer der Arbeiterschaft hätte man sich wohl eine kurze Galgenfrist abkaufen lassen und statt diesem, in anderen Werken die Arbeiterzahl entsprechend herabgesetzt. Dabei wäre die Lohnsenkung in Ruhrort-Meiderich ein Anreiz gewesen, den gleichen Lohnabbau in den anderen Werken vorzunehmen.

Die Schmutzkübel, welche gewisse bürgerliche Blätter über die Gewerkschaften ob ihres Verhaltens in dem Konflikt ausgossen, können diese in ihrer Haltung nicht irremachen. Mehr Beachtung verdient das Urteil, das die „Soziale Praxis“ über den Konflikt und das Verhalten der Gewerkschaften fällt. Sie schreibt in ihrer Nummer vom 5. März nach einer Darstellung des Sachverhalts: „Die Arbeiterschaft hat durch ihr Eintreten für verkürzte Arbeitszeit ohne oder nur mit teilweisem Lohnausgleich bewiesen, dass sie begreift, dass schlechter Beschäftigungsgrad Lohnherabsetzung mit sich bringt. Niemand wird es ihr verdenken können, wenn sie diese Art des ‚kalten Lohnabbaus‘ einer Senkung der Tariflöhne, zumal um einen so unsinnigen Satz wie 20 Prozent, vorzieht. Sie handelt unseres Erachtens damit zugleich im wohlverstandenen Interesse der Gesamtwirtschaft. Noch viel weniger Veranlassung hat sie, den Tarifvertrag, der mühselig genug errungen wurde und der nun einmal die Gleichstellung des Arbeiters mit dem Unternehmer in der Wirtschaft erst begründet, durchbrechen oder zerschlagen zu lassen. Es wäre zu wünschen, dass auch diejenigen Unternehmer oder Unternehmergruppen, die mit derartigen Gedanken etwa umgehen, davon ablassen, denn hier so wenig wie irgendwo sonst lässt sich das Rad der Entwicklung zurückdrehen.“

Eine Notmassnahme

In einer Sitzung des Erweiterten Beirats des Metallarbeiter-Verbandes, die am 4. und 5. März in Berlin abgehalten wurde, wurde auch die Finanzlage des Verbandes erörtert. Es ist erklärlich, dass die Ungunst der Wirtschaftslage ausserordentliche Ansprüche an die Kassen des Verbandes stellt. Allein an Kranken- und Arbeitslosenunterstützung hat der Metallarbeiter-Verband in den letzten 14 Monaten 43 Millionen Mark ausgegeben. Um den Kampffonds nicht zu gefährden, wurde nach dem Vorschlag des Vorstandes beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung in der 1. und 2. Beitragsklasse um 10 Pf., in der 3. und 4. Beitragsklasse um 5 Pf. täglich zu kürzen und die Bezugsdauer der Unterstützung von 20 auf 15 Wochen herabzusetzen. Diese Neuregelung soll von der 14. Beitragswoche an in Kraft treten.



Unterhaltung und Wissen



Copyright by Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf (11. Fortsetzung)

Mutter . . . Dies ist dein Sohn!

Die Ruhr, die schleimige, rote Ruhr kriecht durch den Graben. Nicht einer von der Grabenbesatzung bleibt von ihr verschont. Gekrümmt schleichen wir durch den Graben, lächeln liegend in den Unterständen. Nichts wird getan, um uns zu helfen. Krankmeldungen haben keinen Zweck. Wer soll sie auch entgegennehmen? Einen Arzt haben wir hier noch nicht gesehen. Der Sanitäter ist vor zwei Tagen mit einem Granatsplitterbauchschuss nach hinten gekommen. Im nächsten Sanitätsunterstand ist er verreckt. Ein zurückgekommener Urlauber, der einige Stunden vor dem rasenden Sperrfeuer in diesem Sanitätsunterstand untergekröchen war, hat uns erzählt, dass der arme Kerl sich zuletzt mit einem furchtbaren Geheul die Gedärme selbst aus dem Leibe gerissen hat.

Wir sind von aller Hilfe abgeschnitten. Zwei Mann haben es nachts versucht, nach hinten durchzukommen. Einer, Stein mit Namen, ist halb wahnsinnig zurückgekommen, er redete irre Worte, tobte und schrie; wir mussten ihn mit Riemen zusammenschüttern. Er wusste nicht mehr, was er tat, wollte uns mit Handgranaten zu Leibe. Im Sperrfeuer des Hintergeländes muss er Furchtbares gesehen haben, aus seinen irren Reden haben wir erfahren, dass der andere zerfetzt ist. Nein, es hat keinen Zweck, nach hinten zu türmen, wir müssen hierbleiben, kriechende, stinkende Tiere — nur vorne ist noch Rettung.

Medikamente gibt es nicht; wir hoffen, in einer feindlichen Stellung Opium und sonstige Mittel zu finden. Allmählich frisst sich in uns die Sehnsucht nach dem Sturm hinein: wir können an nichts anderes denken als an Linderungsmittel gegen diese furchtbare Seuche.



Hinten wissen sie von unseren furchtbaren Leiden, aber wir bekommen kein besseres Essen. Jeden zweiten Tag kommen verstörte Essenträger zu uns durch, oft bleibt einer verwundet oder tot liegen: sie bringen uns lauwarmses Dörrgemüse, Affentett und Schnaps. Die Deminjols sind immer nur halbvoll: die armen Kerle saufen den Fusel in ihrer Angst und Verzweiflung unterwegs wie Wasser und taumeln besoffen in unseren Graben. Wir schütten das Dörrgemüse über den Rand der Böschung. Es riecht säuerlich und vermischt sich grauenhaft mit dem Leichengeruch, mit Pulvernäsm, mit dem Gestank unserer Exkremente. Hundert Schritte seitlich hinter dem Graben soll eine Latrine sein; niemand kann dorthin, sie wird dauernd beschossen, besonders am Tage, wenn gute Sicht ist, die französischen Fesselballons, die wir in grosser Zahl — es kommt zehn auf einen deutschen — am Tage am Horizont sehen, haben auch die Latrine längst entdeckt und seitdem das Feuer mit unheimlicher Sicherheit. Es wird auf jeden einzelnen Mann, der irgendwo hinten rumkriecht, mit Granaten

geschossen. Wer trotzdem in seiner Verzweiflung dorthin kroch, ist nicht wiedergekommen: es liegen Leichen in der Kotgrube, Kameraden, erstickt im Menschenkot. Längst haben wir die eisernen Portionen verzehrt. Wir haben nicht viel davon gehabt; denn das Schweinefleisch war verdorben, die Hälfte der Büchse war mit fauligem Wasser gefüllt — der Schiffskeks war verschimmelt. Aber wir haben den Dreck verschlungen und dadurch der Ruhr neuen Nährboden gegeben. Im Hinterlande schlagen sich die Kriegslieferanten und Kriegsgewinnler mit fetten Händen und fettem Lachen auf die prallen Schenkel und

Zukunftshoffen.

**Ich hab' es mir zum Trost ersonnen
In dieser Zeit der schweren Not,
In dieser Blütezeit der Schutte,
In dieser Zeit von Salz und Brot.**

**Ich zage nicht, es muß sich wenden,
Und heiter wird die Welt erstehn.
Es kann der echte Kern des Lebens
Nicht ohne Frucht verlorengeh'n.**

**Der Klang von Frühlingsgewittern,
Vor dem wir schauernd sind erwacht,
Von dem noch alle Wipfel rauschen,
Er kommt noch einmal über Nacht.**

**Und durch den ganzen Himmel rollen
Wird dieser letzte Donnerschlag,
Dann wird es wirklich Frühling werden
Und hoher, heller, goldner Tag!**

Theodor Storm.

flüstern sich gegenseitig zu, wie sie die Heeresverwaltung wieder neu beschissen haben, wie sie mit einigen hundert Mark Bestechungsgeldern Hunderttausende verdient haben, wie sie die neuen Schließungen einleiten wollen. . . .

Wir? Ach du lieber Gott. . . wir sind nur Frontschweine. . . die fressen alles. . . das kommt gar nicht so genau darauf an. . . Das Schwein des Herrn Kommandeurs hinten in der Etappe wird besser gefüttert als wir. . . hat sauberes Stroh. . . wir liegen in unserem eigenen Kot:

Menschenmaterial, wie die amtliche Bezeichnung lautet! O, ein treffendes Wort, ein grausam-ehrliches Wort der Einschätzung unseres Lebens, unseres Wertes, gedankenlos wird es ausgesprochen, aber die ganze Nichtachtung wertvollen Menschentums, der volle berechnende Sadismus einer Minderheit gegenüber der Köstlichkeit von Fleisch und Blut, Geist, Kraft und Nerven einer schaffenden ersten Menschenmehrheit liegt darin: Frontschweine, Kadaver, Nummern, Dung, Proleten, Kanonenfutter. . . Menschenmaterial! . . .

Die knochige Fratze der Militärkamarilla im Dienste des gekrönten, geschneitelten, gebügelten, sektsaufenden und dividendenraffenden Kapitalismus spricht es grinsend aus: Menschenmaterial. . . weg mit dem Ungeziefer. . . hallo, wo haben wir neue Möglichkeiten, Material zusammenzupeitschen?

Wir sind eine neue Möglichkeit: der Jahrgang achtzehnhundertneunundneunzig. . . Siebzehn-, Achtzehnjährige. . . Konfirmanten. . . dummes, sturmes Geseindel. . .

Gekrümmt von heftigen Kolikschmerzen, mit einknickenden Knien, die Hosen immer nur an einem Knopf befestigt, um sie bei jedem Anfall sofort herunterlassen zu können, hilflos wie neugeborene Katzen kriechen wir herum. . . der Grabendreck ist mit Blut und Schleim durchsetzt. . . wie Hündinnen in der Laufzeit ziehen wir dünne Streifen von Blut und Schleim hinter uns her. . . kauern vor der Böschung, schiffen in die Gasmaskenfächsen, entleeren unseren stinkenden Durchfall in Sandsäcke.

Es ist wahrhaftig ein herrliches Feld der Ehre. . . die gekauften Schlachtenmaler schmieren allerdings für den Hausgebrauch andere Gemälde zusammen, die keine Ähnlichkeit mit unserem verseuchten Graben haben. . . die Verbrecher der kriegsbegeister-

ten Hetzpresse berichten vom „sonnigen Humor der braven Krieger trotz Feindemacht und Schlachtenlärm“. . . der gute Papa Bürger schmirt sich ein neues Butterbrot und legt ein dickes Stück vom gehamsterten Schinken drauf, er räkelte sich ein wenig und denkt versonnen: ja, ja, unsere braven Feldgrauen. . . und sieht dann den Börsenbericht ein. . .

Die Pfaffen segnen das „herrliche, tapfere Heer“. . . bezahlte Schweinehunde: aber ihre Kanzeln stehen nicht in unseren Gräben. . .

Und hinter uns das hungernde, weinende, verzweifelte Volk unserer Angehörigen: lange Schlangen vor den Kriegsküchen und Lebensmittelgeschäften, die Rationskarten in den zitternden Händen, hohläugig, mit dünnem Blut, in dem der Hungertyphus wütet, nachts mit zwei Scheiben Margarinebrot stundenlang mit wankenden, vom Schwindel gepackten Leibern nach Knochen und minderwertigem Abfallfleisch anstehend, in verzehrender Angst um die Söhne, Männer und Brüder dumpf in die nicht endende schreckliche Nacht des Krieges horchend wie gehetzte Tiere: jawohl, Majestät. . . wir wissen, was wir zu verteidigen haben. . . Fest steht und treu die Wacht, die Waaacht am Rhein. . .

Wie lautet denn jetzt die Menükarte im Grossen Hauptquartier, Ew. Majestät? . . .



Die Professoren, leuchtende Diener der Wissenschaft: . . . äh, hem hem. . . und dann, um der Hetze gewissenloser Vaterlandsverräter entgegenzutreten: eine Steckrübe ersetzt vier Eier. . . überhaupt sind Eier schädlich. . . dieser Krieg hat nächst vielen anderen Läuterungen auch eine durchgreifende, gesundheitsfördernde Umgestaltung der Ernährungsweise hervorgerufen. . . wie gesagt, der geistige und körperliche Gesundungsprozess unseres Volkes macht erfreuliche Fortschritte. . .

„Wie wäre es, Herr Professor, wenn Sie uns mal einige Tage Gesellschaft leisten würden?!. . .“ Aber der Herr Professor hat keine Zeit, er will demnächst nachweisen, dass Dörrgemüse ungleich vitaminreicher ist als Hühnersuppe. . . „Übrigens, Marie. . . äh, hem hem. . . ist die Gans von unserem Bauern schon da? Sie wissen ja, für Sonntag. . .“

Die Maske herunter! Lappen um Lappen, Fetzen um Fetzen: hier, hier, hier bei uns ist die Wahrheit!

„Näht rote Fahnen, ihr Frauen und Mütter: bald wollen wir zum letzten Sturm antreten!“ (Fortsetzung folgt.)

Aus der revolutionären Politik

Die zwei klugen Freunde, durch Jahre unzertrennlich, hatten sich in die Politik eingelassen. Dialoge, die sie führten, ergaben eine beiderseitige radikale Einstellung. Schliesslich verabredeten sie, die sonst eitsam lebten, politische Versammlungen zu besuchen: der eine ging in eine nationalsozialistische, der andere in eine kommunistische Veranstaltung. Sie wollten sich belehren und überreden lassen. Der eine von Goebels, der andere von Thälmann.

Und siehe da, diesen beiden Männern der politischen Propaganda gelang das Wunder: Der eine der Freunde, der bei Goebels war, entschied sich für den Kommunismus, der andere, unter dem Eindruck der Rede Thälmanns, für die Nationalsozialisten. „UW“

Wir fahren um die Welt

Von Kurt Offenburg

(Fortsetzung aus Nr. 10 der „Holzarbeiter-Zeitung“)

Tempel vom Heiligen Zahn.

Wie anders leben, hat man etwas Phantasie, in der Darstellung die Dinge als in der Wirklichkeit! Da stehst du endlich vor dem Dalada Milagawa, dem Tempel Buddhas. Und deine erstaunten Europäer- augen misstrauen, dein oft allzu romantisches Herz ist zweifelnd; das soll er sein, der heilige Tempel? Diese weissgekalkten Mauern um den Kuppelbau? Komische Sache; hundert Schritte davon stehen die Hotels für die Ladies und Gentlemen, für die reisenden Amerikaner und Engländer. Und man merkt auf Schritt und Tritt, die englischen Pfunde und die amerikanischen Dollars verdarben die Bevölkerung. Es ist, auch hier, schon Fremdenindustrie: Postkarten und Souvenirs, Hausierer mit Käfern in Glaskästen, mit Holzschnitzereien und getrockneten Blumen lungern vor den Hotels und an der Strasse.

Dann ging ich nach der Tempelförte; dachte: hier hört die Betriebsamkeit, das kaufmännische Anreissertum der Aussenwelt auf. Hier ist Ruhe, Stille, Sammlung, die Würde eines heiligen Ortes. (Jetzt, viele Tage später, muss ich lachen; jetzt, während ich diese Zeilen schreibe, lache über mich selbst, meine Naivität und — den Schnickschnack der Welt.) Nichts von allem war, was ich gedacht, erhofft hatte. Rotznäsige Jünglinge kamen, als ich die Tempelförte durchschritten hatte, und schnorren Geld, bevor sie die Herrlichkeit zeigen wollten. Ausserdem musste man sich in ein klebriges Buch einschreiben. Vorausbezahlung wurde abgelehnt — und es ging. Nämlich den Tempel zu besichtigen. Von aussen! Das besagt: die Türen mit den Bronzearbeiten, Holzschnitzereien. Die gekalkten Steinwände, die Buddha verherrlichen.

Das Innere, vielleicht ist es wirklich heilig. Wenn vierhundert Millionen Menschen Buddhas heiligen Zahn anbeten, dies blanke Elfenbeinstück, gross wie der Eckzahn eines Stiers. (Ich ergatterte ein Photo: da war er zu sehen, der heilige Zahn auf der goldziselierten Lotosblume.) Eine Woche zuvor, da waren die Feiertage und Gelegenheit, das Heiligste des Heiligen zu besichtigen. Ich konnte es nicht wissen.

Dann auf dem kurzen Weg durch den kühlen Hof — duftend nach Räucherkerzen und welkenden Lotosblüten — war plötzlich ein Jahrmarkt um mich. Mädchen und Knaben wollten Souvenirs an den Mann bringen. Mit Lärm und Gefauch und Zahlengeschnatter. Und der Führer schwatzte und schwatzte wie ein Papagei. Souvenirs und Zahlen und Geschwatz, nicht auf einer Budenmesse, sondern in Buddhas Tempel vom heiligen Zahn. . .

In der Bibliothek aber war es still. Der Priester im gelben Mantel kam aus der Tiefe eines Kellers. Er neigte den Kopf zur Begrüssung wie ein Weltmann und sprach ein philologisch einwandfreies Englisch. Er führte mich durch den seltsam eckigen Raum: da standen die ältesten Bücher Indiens in vielen Reihen. Sie waren nicht breiter, die Bücher, als drei Finger, aber ein Meter lang. Und ich sah auf Palmblätter geschriebene die Jahrtausend alte Weisheitslehre und die — Kommentare. Die Kommentare. . . Du verstehst: das sind die unfruchtbaren Nachgeburt.

Der Priester war freundlich. Man spürt beim ersten Anblick, ob gegenseitige Sympathie oder nicht. Auf Reisen noch mehr als daheim. Schau einem ins Antlitz oder sag zu ihm: „Wie wär's mit 'nem Glas Wein?“ Gleich wirst du spüren: das ist ein Zugvogel, ein ganzer Kerl; der ein Miesepeter und Berechner.

Also: der Priester war freundlich. Nicht, weil er mir etwas auf ein Palmblättchen

schrub — mit einem Stahlstift wird es eingekratzt, dann das Ganze mit Tusche überstrichen und wieder abgewischt, und in den Ritzen bleibt sie haften, und die Schrift ist sichtbar — und es als Andenken mitgab.

Schliesslich kam das Schönste. Wie ich auf dem weissen Altan stand, hinabsah in den Tempelteich, darin Schildkröten sich sielten. Wie ich den Turm erblickte, klar sich spiegelnd im stillen Wasser des Kandysees.

Zum Schluss kam das Hässlichste auch: die Bettler und Bettlerinnen im Aussenhof und an der Tempelmauer. Den roten Betel-saft triefend aus den Mundwinkel; verfilztes Haar, spindeldünne Arme, Beine; in Lumpen, in Fetzen von Fetzen. Krank, aus-

gemergelt, durchsücht; nur voll Energie im Betteln. Bruchstücke von Menschen, wie man sie nur in Indien schon kann. Ich warf ihnen Geld hin (wer wird die Kranken berühren, ihnen die Münzen in die Hand geben?); sie bückten sich nicht, sie stürzten in den weissen Staub, als hätte sie einer niedergeschlagen.

Nachts tanzten sie durch meinen Traum. In ihren aussätzigen Händen trugen sie den sechsblättrigen Schrein, darin auf der goldenen Lotusblume Buddhas heiliger Zahn ruht. Es kamen immer mehr Bettler; alle Aussätzigen des Vierhundertmillionenvolkes; aus den eisigen Bergen des Himalaja kamen sie herunter, und aus den Städten und von den Ufern des Indus und Ganges und von allen Küsten kamen sie nach Kandy....

Lest das Fachblatt für Holzarbeiter! Jeden Monat erscheint ein Heft. Ein Vierteljahrsabonnement (drei Hefte) kostet für Mitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstelle nur 2 Mark.

Bücher und Zeitschriften

Die November-Revolution. Erinnerungen von Hermann Müller-Frank. Zweite, durchgesehene Auflage (31. bis 38. Tausend). Verlag Der Bücherkreis, Berlin SW 61. Preis 5,50 Mk. — Die Geschichte der deutschen Revolution von 1918 bleibt noch zu schreiben. Was bis heute an historischen Darstellungen vorliegt, ist nur Material für den künftigen Geschichtsschreiber.

Die Handwerkerschule. Ein Meisterbuch des gesamten Handwerks. Herausgeber: Dr. Hans Meusch. Generalsekretär des Handwerks- und Gewerkekammertages. Verlag: Späth u. Linde, Berlin W 10. Das Werk erscheint in etwa 50 Lieferungen, jede Lieferung kostet 1,75 Mk.

grosszügig angelegt ist; ob es die fühlbare Lücke in der Handwerksliteratur ausfüllt, kann man erst sagen, wenn man das ganze Werk vor sich hat. Aber vielleicht darf man heute schon bemerken, dass in manchen Fragen eine klarere und eindeutige Sprache erwünscht wäre.

Raffet und Schwätzer! Brechen die Nazis die Zinsknechtschaft? Sozialdemokratische Aufklärungsschrift gegen nationalsozialistische Demagogie, 20 Seiten. Mit farbigem illustriertem Umschlag. Preis 10 Pf. Verlag: Werbeabteilung der SPD, Berlin SW 68, Lindenstr. 3 — Die Futterkrippe. Eine Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten. Von Adam Remmele. Preis 30 Pf. Verlag: J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin SW 68 — Die Frau im Dritten Reich. Von Staatsanwalt Dr. W. Hoegner. Preis 20 Pf. Verlag: J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin SW 68. — Alle drei Broschüren sind Kampfschriften gegen den Faschismus und zeigen die Nationalsozialisten in ihrer wahren Gestalt.

Deutscher Werkmeister-Kalender 1931. Band VII. Modellierschere! Herausgegeben von Oberingenieur C. E. Berck. Verlag A. Ziemsen, Wittenberg (Bezirk Halle). Preis in Leinen gebunden 3,50 Mk. — Auf 36 Seiten enthält das Buch eine Fülle von Material für die Theorie und Praxis des Modellierschlers.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

J E D E S im Buchhandel erschiene B U C H liefert die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Hobelbänke 68 RM 2 m lg., kompl., Stahlsp., Ia Qualität, Blah beste ged. Rotb. Preisl. gratis. Karl Bamisch, Pirna, Artilleriekaserne 6

L. REINEKING: Die Meisterprüfung im Tischlergewerbe Ein Hand- und Lehrbuch in Frage und Antwort zum Gebrauche an Fachschulen und zum Selbstunterricht für Bau-, Kunst- und Möbelschler. enthält eine erschöpfende Abhandlung aller bei der Meisterprüfung in Frage kommenden Gebiete mit besonderer Berücksichtigung der Kalkulation. — Vierte, völlig neu bearbeitete, erweiterte Auflage. Mit 27 Textabb. u. 5 Tafeln. Preis in Ganzleinen geb. 8 Mark Geb. 6 Mark Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

Beiz- und Polier-Meister-Kursus der Tischler-Fachschule Köthen Beginn 13. April. Prospekt gegen Rückporto

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mk. 74

Ia Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln, ab südd. Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen u. Werkzeu-katalog gratis. M. WALTHER / Dresden-N. Rehfelder Strasse 53

Leimlöten, Furnierböcke fabriziert als Spezialität. Preisl. gratis. Paul Ott, Stuttgart, Hermannstrasse 13.

Qualitäts-Hobelbänke und Werkzeuge. deinar. Vetter, Niederrhall (Württbg.)

Gummiwaren. Sngien Artikel. Preisliste O gratis. „Medicus“ Berlin SB. 68. Alte Salsbörse 6.

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mark, 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindeln. Werkzeug-Neuheiten. Preisliste gratis und franko. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West

Dr. Alfred Marquard: Das Hohelied vom Holz Das Holz in der Kultur aller Zeiten und Völker Illustriertes Handbuch der Holzkunde 184 Seiten, 51 Abbildungen In Leinen gebund. Mk. 7,50 Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Sprechmaschinen-Laufwerke zum Selbstbau, Ia Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mk. 2 Seiten einer 30-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör, noch 1 Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in grosser Auswahl sowie Regulator-, Tisch- und Hausuhrwerke zum Selbstbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von Robert Husberg, Neuenrade (Westfa'en) Nr. 10

Billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1 Mk., halbwaise flaumige 1,20 Mk. und 1,40 Mk., weisse flaumige, geschlossene 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk., feinste geschlossene Halbflaum-Herrschaftsfedern 4 Mk., 5 Mk., 6 Mk., Rupffedern, ungeschlossene, n. Flaum gemengt, halbwaise 1,75 Mk., weisse 2,40 Mk., 3 Mk., allerfeinster Flaumrupf 3,50, 4,50 Mk. Versand jeder beliebigen Menge zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pf. an franko. Muster und Preisliste kostenlos. S. Benisch in Prag XII, Ameriká ulice Nr. 180, Böhmen

Radikaler Preisabbau! Andere reden Wir beweisen durch unseren neuen Katalog Zusendung kostenlos Sigurd Gesellschaft Kassel 15

220 verschiedene proletarische Platten! einzig in der Art. Elektromotorwerk 72 Mark. Genossen verlangen sofort Verzeichnis gratis. Musik-Steinhaus, Weimar i. Thür. 529

EISIG Holz-Betten Schlafzimmer Stuhlmatr., Kinderbett, Chaiselonge, Polster an jeden. Teilz. Katalog gratis. Hermannstr. 13, Stuttgart

Diese Uhr 24-Stund.-Zifferblatt, in Ankerwerk, vers. in vergold. Rändern, sowie gulvergold. Kavalierkette. 6,50 Erwin R. Berthold, Halle a. S. 30

Billige böhm. Bettfedern nur reine, gutwählend. Sorten. — Ein Kilo: graue geschlossene 2,80 Mk., halbwaise 3 Mk., weisse 4 Mk., bessere 5 Mk., 6 Mk., daunenweiche 7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk. u. 12 Mk., weisse ungeschl. Rupffedern 6,50 Mk. u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franko zollfrei gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachse, Lo bes Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen).

DAS GESICHT DER ZEIT EISLER-BÜSCH AUFNAHMEN Best.-Nr. 3942 Lied der Arbeitslosen — Lied der Bergarbeiter Best.-Nr. 4033 Lied der Baumwollpflücker / Ballade vom Nigger Jim Best.-Nr. 4032 Die Massnahme (Reichslied) Zu haben in allen Fachgeschäften! RM. 3.15 pro doppelseitige Platte Zu beziehen durch Schallplattenvertrieb für Arbeiterorganisations, Hans Jung, Berlin C 25, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

Stichtische und Maßstäbe Bleistift Nr. 275, rund, rot poliert. 0,55 6.- RM Bleistift Nr. 281, Bleist. rund, Härte 2 und 3. 0,55 6.- RM Bleistift Nr. 496, rot poliert, weisse, Härte 2, 3 und 4. 1.- 11.- RM Bleistift Nr. 505, grün poliert, weisse, Härte 2, 3 und 4. 1,70 8.- RM Bleistift Nr. 618, rund, weisse, Zimmerm., 20 cm lang. 0,50 9.- RM Bleistift Nr. 2824, Bleist., rot, Zimmerm., 20 cm lang. 3,50 36.- RM Bleistift Nr. 1250, „Apollo“, in 15 Spalten, 6 B bis 7 H. 3,50 36.- RM Kopierstifte „Apollo“, beste Qual., hart, mittel, weich. 1.- 11.- RM Stichtische, blau und rot. 1,40 15.- RM Stichtische, blau. 1,40 15.- RM Stichtische, schwarz. 1,40 15.- RM Maßstäbe Nr. 477a = 2 m, a. Feder, 1 m, Meter. 0,40 4.- RM Maßstäbe Nr. 477b = 2 m, a. Feder, 1 m, Meter. 0,40 4.- RM Maßstäbe Nr. 1076a = 102 cm, a. Feder, 1 m, Meter. 0,60 6,50 RM Maßstäbe Nr. 1076b = 102 cm, m. Feder, 1 m, Meter. 0,60 6,50 RM Maßstäbe Nr. 1076c = 102 cm, m. Feder, 2 m, Meter. 1.- 11.- RM Maßstäbe Nr. 1055, m. Feder, 2 m, Meter. 0,70 8.- RM Schwindemaßstäbe Nr. 2032, a. Feder, 1 m, 1 1/2, 2 m. 0,80 6,50 RM Schwindemaßstäbe Nr. 2032, m. Feder, 1 m, 1 1/2, 2 m. 0,80 6,50 RM Diese Preise gelten nur beim Bezug durch die Verwaltungsstelle, sonst erfolgt Lieferung nur gegen Voreinzahlung des Betrages. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2. Politisches (D.H.V.) 28597.

Intarsien aller Art Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken. E. Bitter, Heidelberg, Theatersstrasse 7. Holzkleister mit Metallüberzug über 1000 verschiedene Profile und in aller Metalleisen. Fabrik seit 1866 Firma Rockhausen, Weidenheim i. Sa. ECHT ULMIA Holzkleister in Doppelpackung. 1,50 Mk. in 100g. Packung. Versand per Nachnahme. E. Bitter, Heidelberg, Theatersstrasse 7. Holzkleister in Doppelpackung. 1,50 Mk. in 100g. Packung. Versand per Nachnahme. E. Bitter, Heidelberg, Theatersstrasse 7. Holzkleister in Doppelpackung. 1,50 Mk. in 100g. Packung. Versand per Nachnahme. E. Bitter, Heidelberg, Theatersstrasse 7.

Josef Witt, Weiden 392 Oberpfalz. Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken. Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte. gibt wie folgt ab: Nr. 1 Weißes Hemdentuch schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Wäschestücke, 80 cm breit, per Meter - .28 Nr. 2 Vorhangstoff sog. Gardinen, mit echt indanthrenfarbigen Streifenmuster 70 cm breit, per Meter - .19 Nr. 3 Hemdenflanell etwas leichte Gebrauchsware, indanthrenfarbig gestreift 70 cm breit, per Meter - .23 Nr. 4 Hemdenflanell fast unzerreißbare, kräftige strapazierbare Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter - .39 Nr. 5 Stuhltuch auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Betttücher, 150 cm br., p. Mr. 1.15 Nr. 6 Handtücher strapazierbare, haltbare Qualität, weil nicht vollkommen gleichmäßig. Verkauf nach Gewicht per Pfund 1.25 Nr. 7 Strickwolle garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, tieferbar in schwarz per Pfund 1.95 Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint. Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10.— an; ab Mk. 20.— portofrei. Nichtentsprechendes wird auf meine Kosten zurückgenommen und der volle ausgelegte Betrag zurückbezahlt.